



Ihr aktuelles
E-Paper
zum 1. Mai

KOLLEGE KI

Die Arbeitswelt ändert sich massiv. Nach dem Ende der Corona-Pandemie fragen sich Unternehmen, wie sinnvoll und hilfreich Homeoffice noch ist. Junge Menschen überlegen laut, wie sich Arbeit und Freizeit am besten die Waage halten. Und dann ist da natürlich noch der Siegeszug der Künstlichen Intelligenz und von Robotern, der zahlreiche Berufe nachhaltig verändern wird. Eine Reise in die Zukunft unserer Arbeit.

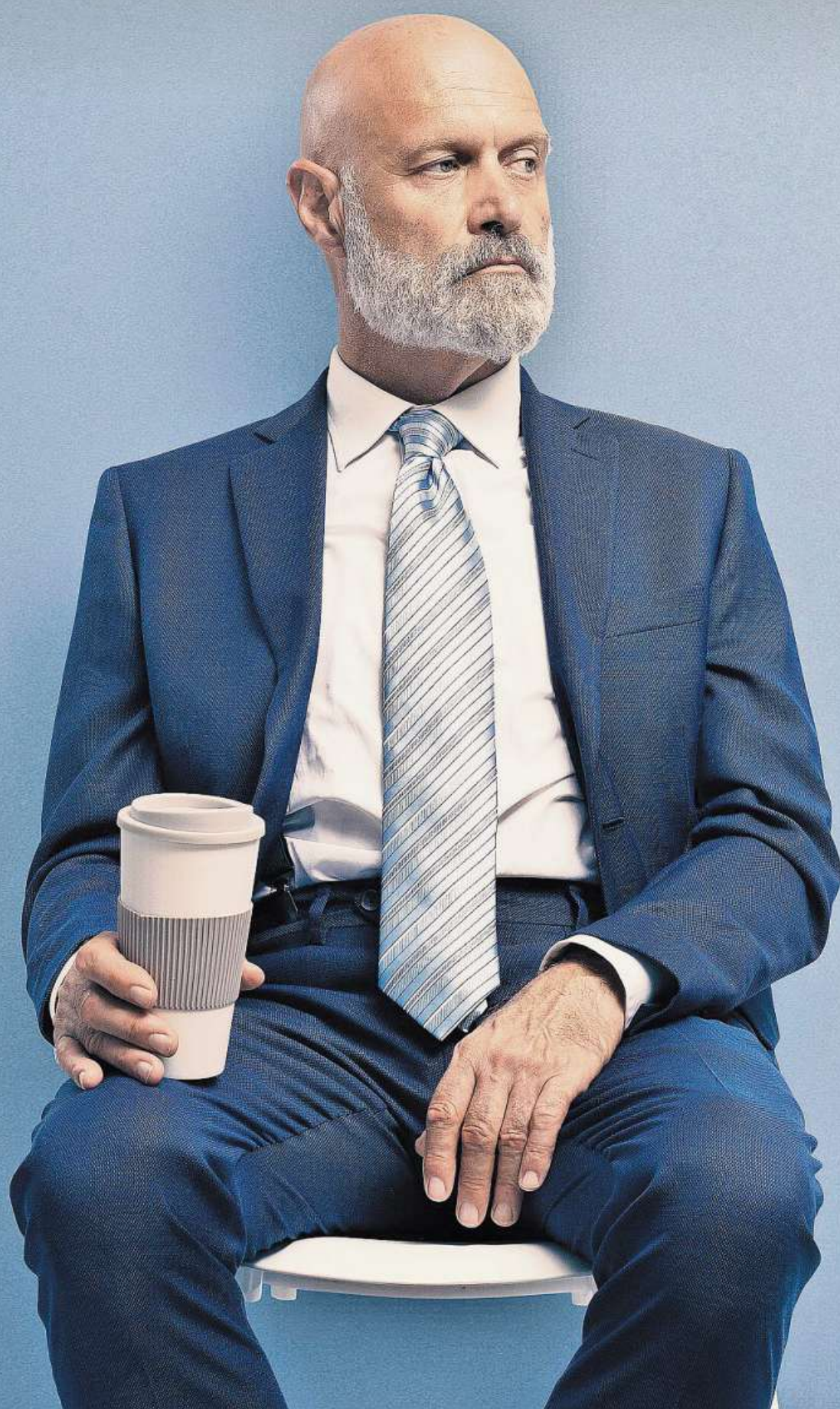



ILLUSTRATION: STOKKETE/ADOBE STOCK



20 Jahre Osterweiterung: Am 1. Mai 2004 traten zehn neue Länder der Europäischen Union bei. Nicht selten geben Staaten wie Ungarn und Polen inzwischen den Takt an.

Die Gewerkschaften erleben einen unerwarteten Zulauf. Woran das liegen könnte und welche Aufgaben vor ihnen liegen, erklärt Verdi-Chef Frank Werneke im Interview.





Beim „Trecker Treck“ in Möhlenhalenbeck ist immer mächtig was los.

FOTO: GRAUE

Am 1. Mai ist im Landkreis Nienburg einiges los. Wer sich noch nicht für ein Ausflugsziel entschieden hat: Hier gibt es Programm, hier bietet sich bei der Radtour eine Pause an. Der 1. Mai ist wie gemalt für einen Ausflug mit Familie oder Freunden: Viele Vereine im Kreis Nienburg laden zu Festen ein, das Wetter soll laut Vorhersage mindestens passabel werden. Beste Voraussetzungen für eine Radtour.

Wir haben Tipps für Feiertagsausflügler. Hier bietet sich ein Zwischenstopp an:

Möhlenhalenbeck

In Möhlenhalenbeck in der Gemeinde Balge findet seit mehr als 70 Jahren das Maikönigfest statt. Auf den Tanz in den Mai folgt am 1. Mai ein Fest für die ganze Familie. Von 10 bis 18 Uhr messen sich beim Trecker Treck Traktoren mit dem Bremswagen. Neben Bier- und Bratwurstbude gibt es auch Kaffee und Kuchen.

Großenvörde

In Großenvörde folgt auf den Tanz in den Mai ein feierlicher 1. Mai: Um 10 Uhr beginnt der Festakt zum 75-jährigen Bestehen des SC Grün-Weiß Großenvörde für geladene Gäste. Ab 12 Uhr ist jeder im Festzelt am Sportplatz willkommen, dann beginnt der Frühschoppen mit der Kapelle „Die Steyerberger“.

Steimbke

In Steimbke gibt es von 11 bis 16 Uhr einen Flohmarkt rund um das Schützenhaus. Im Angebot sind Deko, Trödel, Spielzeug und vieles mehr. Für das leibliche Wohl ist gesorgt mit Bratwurst, Pommes, Kaffee und Kuchen sowie Getränken.

Loccum

In Loccum steigt ab 15 Uhr das

HEUTE IST VIEL LOS IM LANDKREIS

Am 1. Mai gibt es viele **Veranstaltungen** von der Party bis zum Frühschoppen

Maibaumfest, die „La Krus Distillery“ hat von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Aktionen am Golfplatz laden zu einem freien Spiel auf den Footgolfplatz ein. Klosterführungen gibt es um 11 und um 15 Uhr, und auch die Klosterstube lädt zwischen 11 und 17 Uhr ein, sich umzuschauen.

Rehburg-Loccum

Am 1. Mai will die Stadt Rehburg-Loccum wieder richtig was losmachen: Von 10 bis 18 Uhr lädt ein Raderlebnistag ins Stadtgebiet ein.

Entlang der Dinotour gibt es Führungen, Aktionen für Kinder, kulinarische Angebote, ein Gewinnspiel und viele Überraschungen. Der Raderlebnistag ist Teil des Programms zum Stadtgeburtstag.

Harrienstedt

Am Mittwoch, 1. Mai, um 11 Uhr beginnt an der Wassermühle in Harrienstedt die Mühlensaison. Es gibt deftige Erbsensuppe, Gegrilltes sowie Kaffee, selbstgebackene Torten und Kuchen. Auch Führungen durch das Mühlengebäude sind vor-



Der Loccumer Maibaum ist klar zum Hochziehen.

FOTO: KIRCHHOFF/



Rund 500 Besucher sind beim Maifest am Wilhelmsturm dabei. FOTO: NEY-JANBEN

70

Jahre gibt es das Maiköniginnenfest in Möhlenhalenbeck



An der Wassermühle in Harrienstedt laufen die Vorbereitungen für die neue Saison.

FOTO: HEIMATVEREIN WOATERMÖHLN

gesehen. Im Vorjahr war das Maifest wegen Renovierungsarbeiten ausgefallen.

Eystrup

Das Hotel und Restaurant Parrmann in Eystrup bietet am 1. Mai zusätzlich zum regulären Restaurantbetrieb Live-Musik an. Diese spielt ab 11 Uhr. Auch die Außenterrasse ist geöffnet.

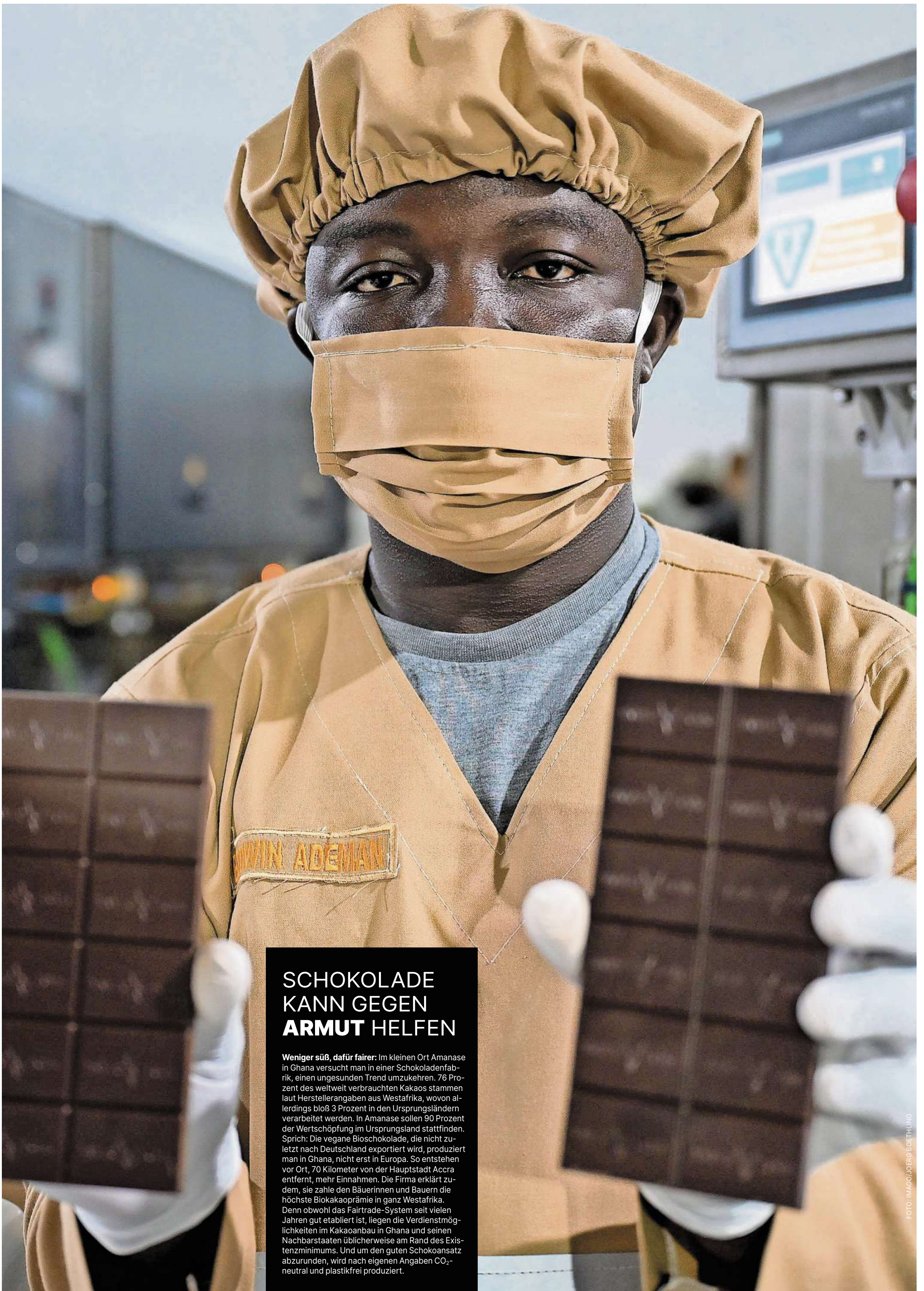
Wölpinghausen

Der Kulturerhaltungsverein Bad Rehburg lädt arund um den Wilhelmsturm in den Rehburger Bergen ein. Wieder mit dabei sind die Soldaten des Infanterieregimentes Graf Wilhelm mit ihrem Gefolge aus

Wölpinghausen und die Musiker von „Angrivarii“ aus Rehburg. Ab 10 Uhr gibt es Getränke. Gegen 12 Uhr begrüßt das Infanterieregiment die Gäste, anschließend gibt es Gegrilltes. Gegen 13 Uhr wird die Schaumburger Fahne gehisst. Ab 15 Uhr spielt „Angrivarii“. Das Ende ist für 18 Uhr vorgesehen.

Rodewald

In Rodewald wird Schützenfest gefeiert. Das Festzelt steht im Zentrum bei der Feuerwehr. Ab 11 Uhr ist Katerfrühstück. Um 13.15 Uhr heißt es Antreten und Ausmarsch zum Scheiben annageln. Gegen 16 Uhr geht es zurück zum Zelt, wo dann weitergefeiert wird.



SCHOKOLADE KANN GEGEN **ARMUT** HELFEN

Weniger süß, dafür fairer: Im kleinen Ort Amanase in Ghana versucht man in einer Schokoladenfabrik, einen ungesunden Trend umzukehren. 76 Prozent des weltweit verbrauchten Kakaos stammen laut Herstellerangaben aus Westafrika, wovon allerdings bloß 3 Prozent in den Ursprungsländern verarbeitet werden. In Amanase sollen 90 Prozent der Wertschöpfung im Ursprungsland stattfinden. Sprich: Die vegane Bioschokolade, die nicht zuletzt nach Deutschland exportiert wird, produziert man in Ghana, nicht erst in Europa. So entstehen vor Ort, 70 Kilometer von der Hauptstadt Accra entfernt, mehr Einnahmen. Die Firma erklärt zudem, sie zahle den Bäuerinnen und Bauern die höchste Biokakaoprämie in ganz Westafrika. Denn obwohl das Fairtrade-System seit vielen Jahren gut etabliert ist, liegen die Verdienstmöglichkeiten im Kakaoanbau in Ghana und seinen Nachbarstaaten üblicherweise am Rand des Existenzminimums. Und um den guten Schokoansatz abzurunden, wird nach eigenen Angaben CO₂-neutral und plastikfrei produziert.



DER KAMPF GEGEN DEN PLASTIKMÜLL

Sisyphusarbeit im Plastikkreislauf: Eine Arbeiterin sortiert für eine Recyclingfirma in Dhaka, der Hauptstadt von Bangladesch, leere Plastikflaschen. Mit Wiederverwertung soll vermieden werden, dass der Kunststoff auf einer Deponie oder in der Landschaft landet, wo es 1000 Jahre dauern könnte, bis das Material zersetzt ist. Werden die Flaschen hingegen verbrannt, um den Plastikmüll loszuwerden, entstehen giftige Gase. Dhaka gehört mit 19 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern zu den am dichtesten bevölkerten Orten der Erde. Der Plastikverbrauch pro Kopf beträgt mit mehr als 22 Kilogramm im Jahr mehr als dreimal so viel wie der Landesdurchschnitt. Gut 37 Prozent des Plastikmülls werden nach offiziellen Angaben recycelt.



ERNTEN FÜR DEN WELTHANDEL

Arbeiten, um zu ernähren: Argentinien gehört wie Brasilien zu den Ländern dieser Erde, in der die Sojaproduktion eine zentrale Rolle spielt. Allerdings haben in der Vergangenheit schwere Unwetter die Ernte der Bohnen gefährdet. Hier bringen Landwirtschaftsmitarbeiter im April dieses Jahres in der argentinischen Provinz Santa Fe die Saat mit Maschinen aus. Der Sojaverbrauch weltweit hat in den vergangenen Jahren immer weiter zugenommen und zum Teil Rekordergebnisse erzielt.

Mensch und Maschine nehmen vorsichtig Tuchfühlung auf: Ein Mensch spielt „Schere, Stein, Papier“ mit einem Roboter auf der Hannover Messe im April 2024. FOTO: AP/DPA

DER NETTE ROBOTER VON NEBENAN

Sie können streicheln, fühlen, riechen, sehen. Und sie nehmen Rücksicht auf schwächere, langsamere, menschliche Kollegen. Kollaborative Roboter, sogenannte Cobots, sind im Trend, auch in der Arbeitswelt. Das birgt Chancen und Risiken.

Von Imre Grimm

Und plötzlich geht nichts mehr. Der Körper versagt. Die Beine sacken zusammen, der Ofen ist aus. Keine Kraft mehr. Gut 20 Stunden hat Digit ohne Pause Kisten gestapelt. Vom Regal zum Förderband, immer wieder. Digit ist ein Roboter auf zwei Beinen. Ein Smartphone-Clip zeigt den Moment, in dem er nach Stunden elender Schufferei auf einer Messe in Chicago zusammenbricht. Millionen teilten den Film. Warum? Weil Digit verteuftelt menschlich aussieht. Wie ein erschöpfter Lohnsklave, der nach drei Schichten einfach nicht mehr kann.

„Lieber Roboter, willkommen in der modernen Arbeitswelt“, heißt es in Youtube-Kommentaren, „wo du die ganze Arbeit allein machst und jede Menge Leute herumstehen und E-Mails verschicken mit Tipps, wie man die Arbeit schneller machen könnte.“ Er glaube, schreibt jemand, „der Roboter hatte einen Moment der Selbsterkenntnis und sah voraus, welch dunkles Schicksal seiner Spezies blüht“. Andere scherzten: „Früher waren Roboter nicht so faul, die heutige Robotergeneration ist so dermaßen selbstsüchtig.“ Und einer schrieb: „Irgendetwas daran macht mich traurig.“

Natürlich war Digit nicht „müde“ oder „erschöpft“. In Wahrheit gab es einen kleinen technischen Defekt, meldete die Herstellerfirma Agility Robotics. Trotzdem mussten sich die Erfinder Fragen gefallen lassen. Denn Digit ist ein sogenannter Cobot. Das ist die Abkürzung für Collaborative Robot. Ein Roboter also, der speziell für die enge Zusammenarbeit mit Menschen gebaut wurde. Wie ungefährlich ist dieser Roboter?

Der Roboter ist stark, aber dumm

„Männer und Frauen passen einfach nicht zusammen“, hat Lorient festgestellt. Dasselbe gilt im Prinzip für Roboter und Menschen, nur aus anderen Gründen. Der Roboter ist stark, aber dumm. Der Mensch ist schwach, aber schlau. Zwei Welten müssen sich arrangieren. Deshalb arbeiten die meisten Roboter in Fabriken bisher in eingezäunten Sicherheitsbereichen mit grellgelben Warnschildern und Not-Aus-Knöpfen, weit weg von Menschenkollegen mit zerbrechlichem Knochengestütz und empfindlichen Weichteilen. Das aber frisst in Fabriken viel teuren Platz. Cobots sollen das ändern.

Wie lassen sich Mensch und Maschine gefahrlos vereinen? Indem die Entwickler ihre Roboter schwächer, leichter, weicher und langsamer machen – eben menschenähnlicher.

Wie zum Beispiel der clevere Roboterarm Lexium der Firma Schneider Electric. Lexium (Freunde nennen ihn „Lexi“) hat gummierte Arme, stoppt bei ungeplantem Kontakt automatisch wie eine Autofenster-scheibe und meckert nicht, wenn er

stundenlang Werkstücke anreichen soll. „Cobots sind in der Lage, mit Menschen zusammenzuarbeiten – Industrieroboter nicht“, sagt Erdem Danaci von Schneider Electric. Auf der Hannover Messe zeigt „Lexi“, was er kann: Unermüdlich bewegt er seine Ärmchen. 25 Sicherheitsfunktionen sollen verhindern, dass er aus maschineller Blödsinnigkeit jemandem wehtut. Künstliche Intelligenz bringt ihm quasi Manieren bei. Kollegialität. Umsicht. Soft Skills. Das Problem ist dasselbe wie bei Menschen: Nicht jeder Roboter ist teamfähig.

Dafür kann „Lexi“ nicht 100 Kilo heben wie seine superstarken Cousins aus der Industrie, sondern nur 40. Cobots, das ist die Hoffnung der Roboterspezialisten, sollen eines Tages nicht nur in der Pflege oder in der Gastronomie die klaffenden Lücken im Arbeitsmarkt schließen, sondern auch im Handwerk und in der Produktion. Es geht, sagen hier viele, natürlich auch darum, „lohnintensive Standorte wettbewerbsfähig zu halten“. Wie Deutschland zum Beispiel.

„Cobots müssen nicht in Käfige gesperrt werden“, sagt Danaci. „Ihr Sicherheitsbereich ist viel kleiner. Dafür sind sie nicht ganz so leistungsfähig.“ Mit anderen Worten: Cobots lassen sich auf das niedrigere Leistungsniveau von uns Humanoiden herab. Klassische Roboter hingegen sind „viel stärker, das ist gefährlich. Sie können leicht jemanden schlagen und verletzen, gerade wenn sie scharfkantige Objekte bewegen wie Messer“. In der Tat möchte wohl niemand mit einem messerschwingenden Nahkampfrobooter zusammenarbeiten.

Cobots sind mit Kameras ausgestattet, mit Sensoren, weichen Kanten, laserartigen „Lichtvorhängen“, die Sicherheitsbereiche definieren. Sie lernen, zwischen einer Kiste Auberginen und einem menschlichen

Kollegen zu unterscheiden. Das funktioniert nicht immer. In Südkorea starb Ende 2023 ein Arbeiter in einer Paprikaverpackungsanlage, weil ein Roboter ihn für Gemüse hielt und versuchte, ihn auf ein Förderband zu laden. Traurige Ironie: Der Mann war gerade damit beschäftigt, einen defekten Sensor zu reparieren.

Dennoch ist der Trend unumkehrbar: Mensch und Maschine nehmen vorsichtig Tuchfühlung auf. Ihre Arbeitsbereiche verschmelzen. Und je naturnäher Roboter gestaltet sind, desto mehr wird säugertierähnliches Verhalten von ihnen erwartet. Wie im Falle von Keyper. Das Gerät ist ein vierbeiniges Robotertier, das als selbstständiger „Wachhund“ für industrielle Inspektionen gebaut wurde. Es wandert durch nächtliche Fabrikhallen, kann Treppen steigen und hat seine Fühler überall.

Der Roboterhund prüft

„Wachleute mit Checklisten und Klemmbrett können nur gucken und hören“, sagt Mireia Riera, Chemical Engineer bei der spanischen Firma Keybot. „Der Hund erkennt Gaslecks, Brände, ausgelaufene Flüssigkeiten.“ Er kann Messgeräte ablesen, Einbrecher erspüren, den Luftdruck prüfen, Temperaturanomalien erspüren. Falls etwas nicht stimmt, bellt er laut. (Nein, tut er nicht. Er verschickt elektronische Echtzeitwarnungen.)

Keyper schläft in der „blauen Stunde“ nicht versehentlich ein und guckt nicht heimlich Youtube. Mehr noch: Er entscheidet selbst über die cleverste Route, vernetzt sich mit anderen Keypern und verteilt eigenständig Missionen. KI ersetzt den Wachdienst.

Gewiss haben Cobots ihre Grenzen. Bundeskanzler Olaf Scholz lernte die Tücken im Zusammenspiel von Mensch und KI am Messestand von

Siemens kennen, als er versuchte, per Sprachsteuerung einen Roboter-greifarm zu beschleunigen. „Können wir das Tempo schneller machen? Schneller, noch schneller“, befahl Scholz. Nichts rührte sich. Erst nach mehreren Anläufen reagierte der Roboter. Es ist eben in der Robotik wie in der Politik: Nichts bewegt sich beim ersten Versuch.

Das Einsatzgebiet für KI-Anwendungen erscheint grenzenlos. Im Intelligent Material Systems Lab der Universität des Saarlandes arbeiten Forscher an der Illusion von Zärtlichkeit. Elastisches Spezialgewebe, sogenannte dielektrische Elastomere, wird so aktiviert, dass es, auf die Haut gelegt, eine Art Streicheln überträgt. „Wir denken vor allem an Frühgeborene, die wegen der Infektionsgefahr kaum menschlichen Kontakt haben können“, sagt Forscher Benjamin Zemlin. „Die Eltern können das Kind über die Sensorik aus der Entfernung virtuell streicheln.“

Auch in der Altenpflege sei die Technik vorstellbar, etwa in einem Pflegeroboter. „Das ist sehr gut denkbar. Es muss nicht direkt von einem Menschen ferngesteuert werden, es kann auch ein vorprogrammiertes Streicheln sein, per Zufalls-generator.“ Wann ist die Technologie großflächig in smarte Textilien einwebbar? „Es steckt noch in den Kinderschuhen, sprichwörtlich“, sagt Zemlin. „Vielleicht in fünf Jahren sind wir so weit.“

Stapelnde Helfer. Streichelnde Roboter. Fühlende Elektrohund. Der neue „Kollege KI“ wird viele Formen annehmen. Sicher ist: Es kommt etwas Mächtiges auf die Arbeitswelt zu, wenn Mensch und Maschine eine ganz neue Allianz eingehen. Die Unternehmensberatung PricewaterhouseCoopers schätzt, dass der Durchbruch für neuronale Netze die Weltwirtschaft bis 2030 um mehr als 15 Billionen US-Dollar zusätzlich ankurbeln könnte. Das sind 15000 Milliarden Dollar. Zusätzlich. KI werde für die Menschheit „bedeutender als die Entdeckung des Feuers und der Elektrizität“, prophezeite Google-Chef Sundar Pichai. Für den US-Physiker Max

Tegmark geht es gar um „das wichtigste Ereignis in der Menschheitsgeschichte“.

Das führt unweigerlich zu der Frage, wo dabei der Mensch bleibt. Künstliche Intelligenz wird ohne Zweifel das menschliche Gefühl verstärken, mit den perfekten Ergebnissen der Maschinen nicht mithalten zu können. Im durchtechnisierten Alltag entsteht ein bizarrer Wettstreit zwischen der Technik, die in Echtzeit und ohne Schnupfen jederzeit zur Verfügung steht, und dem Menschen, der sich, unperfekt, wie er nun mal gebaut ist, bemüht, nicht den Anschluss zu verlieren.

Die Zukunft ist Perfektion

Das Nullfehlerprinzip aus der Robotertechnik hat längst in der modernen Arbeitswelt Einzug gehalten. Perfektion ist das Gebot der Stunde. Raum für freies Ausprobieren und Irrren gibt es immer weniger. Die Maschine kriegt's ja auch sofort hin. „So nützlich die Perfektion des Datenmanagements für industrielle Zwecke sein kann: Als Messlatte für die Leistung von Einzelnen ist Perfektionismus ein unmenschliches Maß“, sagt Gernot Dittel, Vorstand des Deutschen Reinraum-Instituts, einer Interessenvertretung der Chipindustrie.

Und wer hilft, die natürlichen Baumängel des Menschen zu beheben? Natürlich die Technik. Ich trage eine Art Roboter auf dem Rücken, es ist das „Schulter-Exoskelett“ S700 der Firma ExoIQ. Ein rucksackartiges Gebilde, dessen Ausläufer meine angeschnallten Arme mit wohldestrierter Elektrokraft abstützen. „Werkzeuge oder die eigenen Arme fühlen sich so fast schwerelos an“, wirbt das Unternehmen, das zum Werkzeughersteller Festool gehört. In der Tat: So lässt sich ein Akkuschauber bestens halten, auch über Stunden.

Die Erfindung solle Menschen dabei unterstützen, länger gesund zu bleiben, sagt CEO Lukas Czaja. „Wir können uns vor Anfragen kaum retten.“ Die „Extrapower zum Umschnallen“ (Firmenwerbung) kostet rund 3500 Euro. „Der Mensch bleibt länger frisch“, sagt Czaja – auch mit Blick auf immer mehr ältere Arbeitnehmer. Ähnlich wie ein E-Bike unterstützt das Exoskelett die eigenen Bewegungen elektronisch. Mit anderen Worten: Ein cleverer Roboter entlastet das fehleranfällige, schnell ermüdende Natursystem, mit dem die Evolution uns alle durch das Leben zu gehen zwingt, und macht den Menschen ausdauernder.

Von den düster-dystopischen Maschinenmenschen-Visionen des 20. Jahrhunderts sind wir noch ein gutes Stück entfernt. Es ist noch deutlich zu früh, von Cyborgs zu sprechen. Aber die mittelfristige Richtung auch in Fabriken, Werkstätten und Lagern ist klar ersichtlich: Cobots, die dem Menschen die niederen Tätigkeiten abnehmen, sind nur der Anfang. Mensch und Maschine verschmelzen.

„Cobots müssen nicht in Käfige gesperrt werden.“

Erdem Danac,
Schneider Electric



„Schneller, noch schneller“: Roland Busch (links), Chief Executive Officer von Siemens, mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) FOTO: J. STRATENSCHULTE/DPA



„Der Mensch bleibt länger frisch“: Schulter-Exoskelett der Firma ExoIQ. Das System entlastet vor allem die Arme. FOTO: EXOIQ

BALD DRÄNGEN SIE AUF DEN ARBEITSMARKT

Von Jan Bojaryn

Kann ich was zu essen haben?", fragt der Mann am Tresen. „Klar“, antwortet der Roboter, führt seinen Arm mit einer fließenden Bewegung über einen daliegenden, roten Apfel, pflückt ihn behutsam mit drei Fingern der rechten Hand von einem Teller, legt ihn in seine linke Hand und lässt ihn beiläufig in die offene Hand des Mannes fallen. „Toll“, sagt der Mann.

Dann schüttet er Papiermüll auf den Tresen und fordert den Roboter auf, alles aufzuräumen und gleichzeitig seine Handlungsentscheidungen zu erklären. Es wirkt fast schon gehässig – wie Schikane. Doch völlig ungerührt absolviert der Roboter auch diese Aufgabe fehlerfrei.

Die Szene aus einem aktuellen Werbevideo des Robotik-Start-ups Figure wirkt wie Science-Fiction. Normalerweise antworten Roboter nicht so natürlich, sie bewegen sich nicht so schnell, und sie agieren nicht so sicher in natürlichen Umgebungen. Deswegen ist das Video so beeindruckend. Vielleicht gibt es uns einen Einblick, wie wir in Zukunft mit vollautomatischen Servicefachkräften reden werden. Warum soll so ein Roboter nicht hinter einem Kneipentresen stehen, an einer Hotelrezeption oder einer Supermarktkasse?

Allerdings ist das Video mit Vorsicht zu genießen: Es ist Werbung. Ob der Roboter auch andere Dinge tun kann, ob er auch mal danebrenn greift, ob er Fragen jedes Mal richtig versteht, das bleibt ungewiss. Was die humanoiden Roboter von Figure tatsächlich können, und ob sie je den Markt erreichen, bleibt offen.

Gereifte Technik

Viele Konkurrenten treten dagegen bereits auf Fachmessen auf. Nvidia-CEO Jensen Huang hat im März werbewirksam mit einer ganzen Mannschaft humanoider Roboter auf der Bühne posiert.

In zahllosen Testlabors schneiden Roboter Grimassen, schlagen Salti, bedienen Pipetten und schüttern Hände. Sie erregen Aufmerksamkeit. Das liegt auch daran, dass sie uns Menschen – je nach Perspektive – große Arbeitserleichterungen oder Arbeitslosigkeit verheißen. Die Roboter wecken Hoffnung und Furcht. Sie könnten eine Zukunftsvision wahr machen. Wir wissen allerdings nicht, welche: Werden die Roboter uns auslöschen wie in „Terminator“? Werden sie uns imitieren wie in „Blade Runner“? Oder könnten sie unsere Freunde werden wie in „Star Trek“?

Lange Erfahrung mit der Forschung an humanoiden Robotern hat das Institut für Robotik und Mechatronik am Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR). Es hat seit mehr als zehn Jahren verschiedene menschenähnliche Roboter im Einsatz. „Rollin' Justin“ etwa kombiniert einen Oberkörper mit einer fahrenden Basis, „Toro“ läuft und balanciert auf zwei Beinen.

DLR-Direktor Alin Albu-Schäffer hat die Technologie dem RND gegenüber letztes Jahr beurteilt und sah bereits einen kritischen Punkt gekommen. Jetzt könne man „über mögliche Anwendungen sprechen“. Ihr Einsatz biete sich bei einer „Vielzahl sehr unterschiedlicher Aufgaben“ an, die sonst eher von Menschen ausgeführt würden.

Das glaubt grundsätzlich auch Helmut Schmid, Vorstand des Deutschen Robotik Verbandes. Er sieht eine „gewaltige Entwicklung“ bei humanoiden Robotern, einen „richtigen Hype“. Doch müssten diese Humanoiden noch ihre „Industrietauglichkeit“ unter Beweis stellen. „Auch die Sicherheits- und Normenlage für den Einsatz dieser Humanoiden ist nicht wirklich geklärt.“

Großes Potenzial

Realistisch könnten erste Industrieinsätze aber schon „in den kommenden zwei Jahren“ erfolgen, urteilt Schmid. Und schränkt ein, dass vieles noch „schwer abschätzbar“ sei. Aktuelle Fortschritte in der KI verheißen für Schmid einen „enormen Schub in der Entwicklung, Anwendung und Umsetzung in der Robotik“. Großes Potenzial



Roboter bewegen sich mittlerweile schneller und flüssiger als früher, und sie werden kleiner und flexibler.
FOTO: UNIVERSAL ROBOTS

Humanoider Roboter können immer mehr Aufgaben übernehmen, auch dank Künstlicher Intelligenz. Vielleicht werden sie fehlende Fachkräfte ersetzen – vielleicht nehmen sie uns auch Arbeitsplätze weg. Doch in Berichte über echte Fortschritte mischen sich auch Mythen und Halbwahrheiten.



Ein Cobot bereitet an einem Messestand Kaffee zu – in der Gastronomie könnten Maschinen bald auch komplexere Jobs übernehmen. FOTO: IMAGO/A. WIDAK

sieht er dabei in „noch nicht so stark automatisierten Bereichen wie der Servicerobotik, Agrarrobotik und im Handwerk.“

So weit zur Zukunftsmusik. Längst schon Alltag sind Roboter in der Industrie. Doch auch hier lässt sich mehr automatisieren, wenn Roboter kleiner und flexibler werden. Und auch hier gibt es ein Hype-Thema: Cobots, also kollaborative Roboter, die unfallsicher in unmittelbarer Nähe zum Menschen agieren. Ein wichtiges Beispiel dafür sind Roboterarme, die mit Menschen zusammenarbeiten. Erfolgreich auf diesem Markt ist die dänische Firma Universal Robotics. Andrea Albani, Leiter des Westeuropageschäfts, hat dem RND gegenüber erklärt, dass mehr als 50000 Roboter des Unternehmens in verschiedenen Industrie- und Handwerksbranchen im Einsatz seien.

Roboter seien aus der Arbeitswelt „nicht mehr wegzudenken“, hat Albani gesagt und den gesellschaftlichen Nutzen betont: Die Helfer könnten „fehlende Arbeitskräfte ersetzen“ und „Fachkräfte entlasten“. Albani will das Argument nicht gelten lassen, dass hier Arbeitsplätze vernichtet würden. Im Gegenteil könnten solche Systeme Standorte sichern, wenn sie die Produktivität erhöhen.

Konkrete neue Einsatzbereiche für Robotik und Automatisierung gibt es bereits. Doch hier dominieren noch Einzelbeispiele. An vielen Systemen beteiligt ist das Robotik-

und Automatisierungsunternehmen Fanuc. Nils Tersteegen, Marketingleiter bei Fanuc Deutschland, ordnet ein, dass Roboter vermehrt auch abseits der Industrie eingesetzt würden. Durch einfachere Programmierung und Bedienung, durch neue technologische Möglichkeiten wie die Fernwartung haben Roboter nach Tersteegens Einschätzung einen entscheidenden Schritt getan: Sie brauchen „kein für Robotik geschultes Personal“ mehr. Wenn „repetitive und einfache Tätigkeiten“ zu verrichten seien, dann könnten Roboter Aufgaben übernehmen – auch im „Einzelhandel- oder Dienstleistungsbereich“.

Ein konkretes Beispiel aus dem Fanuc-Sortiment ist etwa das System „Bakisto“. In Backshops oder in Supermärkten könnte das System „rein automatisch eine Backfrühstück“ erledigen, erklärt Tersteegen. Das System soll bereits „später dieses Jahr“ zum ersten Einsatz kommen. Auch in der Entwicklung ist etwa ein Flaschensortierroboter, der „auf der Rückseite von Pfandautomaten Flaschen und Kisten“ entnehme und sie ins Regal einsortiere. Und in Großküchen könnten Roboter die „Bestückung von Tabletts mit Tellern, Tassen und Besteck“ übernehmen.

Eine Frage der Wertschätzung

Auch Tersteegen äußert sich zuversichtlich, verschweigt aber nicht die Unsicherheiten: Viele Systeme stünden „noch ganz am Anfang“. Das Interesse nehme abseits der Industrie „deutlich“ zu, aber der Erfolg bleibe immer auch vom Markt abhängig. Und sei deswegen „schwer abzuschätzen“.

Steht also möglicherweise ein Siegeszug der Roboter bevor? Können Cobots, humanoide Roboter und spezialisierte Systeme in absehbarer Zeit Lücken im Arbeitsmarkt wirksam schließen? Beim Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) hat man auch Hürden für die Automatisierung gefunden. Geht es beispielsweise um Brötchen, bräuchten viele Kunden „handwerklich hergestellten Backwaren eine größere Wertschätzung entgegen“. Das erklärte gegenüber dem RND Britta Matthes, die Leiterin der Forschungsgruppe „Berufe in der Transformation“ am IAB.

Die Forscherinnen und Forscher des IAB untersuchen unter anderem die Folgen des technologischen Fortschritts auf den Arbeitsmarkt. Doch um die Effekte einzelner Technologien zu beurteilen, „gibt es zu viel Rauschen“, so Matthes. Gerade in den letzten Jahren habe es eine Reihe anderer Einflussfaktoren gegeben, die ein Urteil erschwerten: „Covid-Pandemie, Ukraine-Krieg, Lieferengpässe“.

Doch eines hat Matthes festgestellt: Wo mehr automatisiert werden kann, da entstehen weniger neue Stellen. Und automatisiert wird auch da, wo gar keine Lücken klaffen, etwa bei der Lagerarbeit.

Passt der Mangel zur Lücke?

Ob und wann Roboter gegen den Fachkräftemangel helfen können, ist schwerer zu beurteilen. Zuletzt hat Sabine Köhne-Finster vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) dem RND den Unterschied zwischen Arbeits- und Fachkräftemangel erklärt: Von 630000 offenen Stellen richteten sich „etwa 350000“ an Beschäftigte „die üblicherweise eine abgeschlossene Ausbildung haben“.

Die größten Lücken im Jahr 2022 hat das IW im „Berufsbereich Rohstoffgewinnung, Produktion und Fertigung“ gefunden, mit besonders deutlichem Mangel in Bereichen wie der Bauelektrik oder Elektrotechnik. Nur etwas kleiner ist die Lücke im Bereich „Gesundheit, Soziales und Erziehung“. Für Roboter und Automatisierung sind das bisher eher keine Tätigkeitsfelder. Deswegen beurteilen viele Fachleute für den Arbeitsmarkt den möglichen Nutzen eher skeptisch. Die Robotikbranche selbst gibt sich optimistischer.

Es scheint eine Frage der Perspektive zu sein: Auf dem Arbeitsmarkt von heute spielen die fortschrittlichen Systeme noch keine große Rolle. Doch ihr Potenzial wächst.

Humanoider Roboter

Ein humanoider Roboter ist wörtlich übersetzt menschenähnlich. Was das heißt, bleibt Ansichtssache. In aller Regel haben humanoide Roboter einen Oberkörper, zwei Arme mit Händen, einen Kopf und eine aufrechte Haltung. Häufig werden auch zwei Beine als Merkmal genannt, aber populäre Beispiele wie der Roboter „Pepper“ stehen auf einer rollenden Basis.

Auch die Köpfe werden sehr unterschiedlich umgesetzt. „Ameca“ hat ein beeindruckend menschenähnliches Gesicht, „Asimo“ und der Roboter des Start-ups Figure tragen als Kopf eine Art Motorradhelm, der neue „Atlas“ von Boston Dynamics schaut durch einen kreisrunden Leuchtring. Wird ein Roboter dem Menschen möglichst eng nachempfunden, spricht man von Androiden.

Soll dabei das nachgeahmte Geschlecht betont werden, unterscheidet man zwischen männlichen „Androiden“ und weiblichen „Gynoiden“.

Die Gewerkschaften haben zu neuer Stärke gefunden. Im Nahverkehr, an den Flughäfen und im Einzelhandel hat Verdi teils hohe Abschlüsse durchgesetzt. Ihr Vorsitzender Frank Werneke spricht im Interview über Überstunden, Mindestlohn – und Neid auf Claus Weselsky.

Herr Werneke, wie viele Überstunden machen Sie in der Woche?
Gar keine.

Sie arbeiten nicht mal länger als geplant?
Ich habe natürlich sehr viel zu tun, bin viel unterwegs, habe viele Treffen und Gespräche, aber ich habe keine festgelegte Arbeitszeit als Vorsitzender von Verdi. Das ist so als Chef einer großen Gewerkschaft.

Müssen wir wegen der angespannten Wirtschaftslage mehr leisten oder sollte der Trend in Richtung Viertagewoche gehen?
In den Dienstleistungsbranchen erleben wir keine schlechte Wirtschaftslage. Parteien wie die FDP und Union stimmen das Lied von Deutschland als krankem Mann Europas an, um ihre politischen Forderungen zu rechtfertigen. Unabhängig davon – Arbeitszeitverkürzung ist wegen der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt und der Attraktivität von Arbeitsplätzen ein wichtiges Thema für uns und unsere Mitglieder.

Also Ja zur Viertagewoche?
Der Belastungsdruck ist für Beschäftigte häufig ein großes Problem, weswegen sie die Arbeitszeit verkürzen wollen. Insofern kann die Viertagewoche für viele ein richtiges Modell sein. Zusätzlich einen freien Tag zu haben ist oft besser als eine kürzere Wochenarbeitszeit, die sich im Alltag oft nicht realisieren lässt, weil doch länger gearbeitet wird.

Trotz der guten Lage im Dienstleistungssektor erleben wir kaum Wirtschaftswachstum. Viele Ökonomen sagen, dass alle mehr arbeiten müssen, um die Herausforderung zu bewältigen.
Probleme hat vor allem der Industriesektor. Trotzdem werden in Unternehmen wie VW Menschen mit Turboabfindungen dazu motiviert, möglichst früh aus dem Erwerbsleben auszuschneiden. Das passt nicht zusammen. Und ausgerechnet in der Dienstleistungswirtschaft Mehrarbeit zu fordern geht an der Lebenswirklichkeit der Beschäftigten vorbei.

Die Union und die FDP wollen Überstunden weniger bis gar nicht besteuern. Wäre das ein guter Arbeitsanreiz?
Überstunden weniger zu besteuern bedeutet eine Diskriminierung von Teilzeitkräften und damit häufig von Frauen. Die Modelle setzen darauf, dass nur Überstunden oberhalb einer Vollzeitstelle steuerlich begünstigt werden. Es gibt in vielen Dienstleistungsbranchen aber kaum die Möglichkeit, Vollzeit zu arbeiten. Zudem gehen diese Überlegungen an den bestehenden Tarifmodellen vorbei. In vielen Tarifbereichen gibt es hochflexible Arbeitszeitmodelle, in denen Überstunden überhaupt nicht entstehen. Insofern ist die Forderung komplett undurchdacht und lebensfremd.

In der Vergangenheit haben Gewerkschaften massiv Mitglieder verloren. Verdi hat den Trend erstmals umgekehrt. Was haben Sie richtig gemacht?
Wir hatten im vergangenen Jahr deutlich mehr Eintritte als altersbedingte Abgänge. Allein 50 000 junge Beschäftigte sind wegen unserer Tarifpolitik dazugestoßen. Da, wo es uns gelungen ist, tarifpolitisch in die Offensive zu gehen, haben wir sehr hohe Eintrittszahlen. Das betrifft etwa die Bereiche Post, öffentlicher Dienst, Luft- und Nahverkehr und den Handel.

Also auch durch Streiks? Gerade in diesen Branchen gab es viele Arbeitskämpfe.
Streiks, die am Ende nicht erfolgreich sind, bringen auch keine Mitglieder. Zu einer lebendigen Tarifpolitik gehören manchmal auch Streiks. Aber wir streiken nicht aus Jux und Dollerei, sondern nur, wenn es das Verhandlungsgeschehen notwendig macht.

Besonders mit den Verkehrsstreiks haben Sie die Geduld der Menschen immer wieder auf die Probe gestellt. Haben Sie überzogen?
Wir versuchen immer, mit rechtzeitigen Vorankündigungen Zustimmung und Sympathie in der Bevölkerung nicht zu verspielen. Trotzdem bringen Streiks Unannehmlichkeiten mit sich. Allerdings gab es auch viel Unterstützung von Fahrgästen, weil sie wissen, was Busfahrerinnen und -fahrer für einen Knochenjob machen.

Gibt es eine neue Macht der Gewerkschaften?
Es gibt ein neues Selbstbewusstsein von Beschäftigten. In der Vergangenheit sorgten sich viele davor, den Job zu verlieren. Beispiel Flughäfen: In Zeiten von Massenarbeitslosigkeit gab es dort die übelsten Arbeitsbedingungen. Alles wurde privatisiert. Tarifbindung gab es nicht. Das lassen die Menschen nicht mehr mit sich machen, weil die Arbeitgeber auf sie angewiesen sind und nicht andersherum.

Wie reagieren Sie auf Forderungen, ein Streikgesetz zu schaffen?
Ich halte sie für entlarvend, da sie ausgerechnet in einer Zeit erhoben werden, in der gerade die Beschäftigten in den Dienstleistungsbranchen zunehmend erfolgreich ihre Rechte durchsetzen. Der Mittelstandsvereinigung der CDU, FDP und Arbeitgeberverbänden sind die Fahrgäste vollkommen egal. Ihnen passt nicht, dass wir erfolgreich sind.

Die Kritik hat sich zuletzt vor allem an der GDL und den Bahnstreiks entzündet. Ärgern Sie sich über Claus Weselsky, dass er Ihnen diese Debatte eingebracht hat?
Die Forderungen nach einer Beschränkung des Streikrechts sind nicht neu, sie kommen auch bei jedem größeren Streik von Verdi regelmäßig auf den Tisch.

Sie wurden aber besonders laut während des Bahnarbeitsstreiks geführt. Sind Sie eigentlich neidisch auf die mediale Wirkung eines Weselskys?
Jeder Gewerkschaftsvorsitzender muss mit sich selbst ausmachen, wie er sich präsentiert. Wichtig ist nicht, wie oft ein Gewerkschaftsvorsitzender im Fernsehen ist, sondern wie oft über Tarifrunden und über Streikende berichtet wird. Ich bin froh über jedes Verdi-Mitglied, das im Fernsehen von seinem Alltag erzählt. Es sind die Mitglieder, die im Mittelpunkt von Tarifrunden stehen, von ihnen hängt der Erfolg ab.

Es gibt Mitglieder, über die sie nicht froh sind: Jens Keller aus Hannover beispielsweise, der Personalrat beim kommunalen Entsorger und AfD-Stadtrat ist. Wie wollen Sie mit AfD-Wählerinnen und -Wählern in Ihren Reihen umgehen?
Wir stehen für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft. Die AfD tut das Gegenteil. Wer sich zu AfD-Positionen bekennt und die Programmatik vertritt, hat bei uns keinen Platz. Im konkreten Fall von Herrn Keller wurde ein Ausschlussverfahren eingeleitet. Die rechtlichen Hürden für einen Ausschluss aus einer



„Wir wollen verhindern, dass sich die AfD in Betrieben etabliert“: Frank Werneke ist Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi).
FOTO: BERND VON JUTRCZENKA/DPA

„WIR STREIKEN NICHT AUS JUX UND DOLLEREI“

„Da, wo es uns gelungen ist, tarifpolitisch in die Offensive zu gehen, haben wir sehr hohe Eintrittszahlen. Das betrifft etwa die Bereiche Post, öffentlicher Dienst, Luft- und Nahverkehr und den Handel.“

Gewerkschaft sind jedoch hoch, vergleichbar mit Parteiausschlussverfahren. Wir wollen verhindern, dass sich die AfD in Betrieben etabliert. Da müssen alle Gewerkschaften noch stärker in die Auseinandersetzung gehen. Der Kampf gegen rechts muss in den Betrieben, Einrichtungen und Verwaltungen geführt werden. Die Rechten werden mutiger, sie versuchen, Mehrheiten bei Betriebs- und bei Personalratswahlen zu gewinnen. Das muss verhindert werden.

Nach den Kommunal- und Landtagswahlen droht das Problem größer zu werden.
Mehrere Landkreise könnten an die AfD gehen. Das ist besorgniserregend, weil die AfD dann Arbeitgeber ist. Und wenn sie erst mal den Bürgermeister oder den Landrat stellt, dann bringt die Partei ihre Spezies ins Management der kommunalen Unternehmen unter.

Im öffentlichen Dienst und bei großen Unternehmen wie der Lufthansa sind Sie mit klassischer Gewerkschaftsarbeit erfolgreich. Wie aber erreichen Sie die prekär oder scheinselfständig Beschäftigten?
Wir gehen dahin, wo es das Interesse gibt, bei einer Gewerkschaft mitzumachen. Wir sind aber keine Missionare.

Laufen Sie damit nicht Gefahr, an Relevanz zu verlieren?
Das sehe ich nicht. Wir missionieren nicht, aber wir informieren. Wir haben zum Beispiel jetzt eine große

Veranstaltung gemacht für die Gaming-Branche. Und wir sind an den Verteilstandorten von Amazon präsent, auch bei den Subunternehmern, die die letzte Meile bedienen. Das sind prekärste Bedingungen, unter denen zumeist Menschen mit Migrationshintergrund, häufig aus der letzten Geflüchteten-Generation, arbeiten müssen. Das sind allein sprachlich schwierige Voraussetzungen für die Ersterschließung von Gewerkschaftsarbeit. Aber auch da sind wir präsent. Zugleich haben wir uns dafür eingesetzt, dass im Postgesetz strengere Regeln für Subunternehmer festgeschrieben werden. Es gibt 12 500 Unternehmen unter zehn Beschäftigten in der Paketzustellung – bei gleichzeitig hoher Fluktuation. Da wird es schwer, in jedem einzelnen Betrieb einen Tarifvertrag zu erkämpfen.

Chef der zweitgrößten Einzelgewerkschaft

Frank Werneke ist seit 2019 Verdi-Vorsitzender und steht damit an der Spitze der zweitgrößten Einzelgewerkschaft – nach der IG Metall – im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Der 57-jährige ist seit Langem SPD-Mitglied, gelernt hat er Verpackungsmittelmechaniker.

Im Gegensatz zu anderen Gewerkschaften, die weiter Mitglieder verlieren, hat seine Dienstleistungsgewerkschaft im vergangenen Jahr den Negativtrend umkehren können.

Die Bundesregierung will das Rentenniveau absichern, aber keine Grenze für die Beiträge einziehen. Warum machen das die Gewerkschaften trotz der Belastung für Gering- und Mittelverdiener durch Sozialbeiträge nicht zum Thema?
Für die Beschäftigten ist wichtig, dass sie ordentliche Renten bekommen und nicht, dass die Beiträge um zwei Zehntel steigen.

Nach 2030 auf mehr als 22 Prozent. Jetzt liegen sie bei 18,6 Prozent. Und die steigenden Beiträge zur Pflege- und Krankenversicherung kommen oben drauf.
Wir können auch mit Sozialbeiträgen von insgesamt 42 Prozent leben. Viel problematischer ist, dass die Bundesregierung den Bundeshaushalt zulasten der Beitragszahler in die Kassen der Bundesagentur für Arbeit greifen will, werden wir eine Verfassungsklage einreichen. Das gleiche gilt für die gesetzlichen Krankenkassen. Wenn nun der Plan des Bundesgesundheitsministers ist, den Umbau der Krankenhaushaushalte mit Beiträgen der gesetzlich Versicherten zu finanzieren, ist das nicht akzeptabel und möglicherweise verfassungswidrig.

Die Haushaltsverhandlungen für 2025 stehen an, und es nicht ausgeschlossen, dass erneut Umschichtungen angestrebt werden.
Wenn die Bundesregierung erneut zulasten der Beitragszahler in die Kassen der Bundesagentur für Arbeit greifen will, werden wir eine Verfassungsklage einreichen. Das gleiche gilt für die gesetzlichen Krankenkassen. Wenn nun der Plan des Bundesgesundheitsministers ist, den Umbau der Krankenhaushaushalte mit Beiträgen der gesetzlich Versicherten zu finanzieren, ist das nicht akzeptabel und möglicherweise verfassungswidrig.

Zurück zur Rente: Wie soll das System langfristig finanziert werden – sollten die, die es können, länger arbeiten?
Wir sind strikt gegen eine Erhöhung des Renteneintrittsalters. Das verkennet die Belastungssituation der Menschen, die hart arbeiten – sei es in der Pflege, im Nahverkehr oder anderswo. Es braucht eine Mischung aus moderaten Beitragssteigerungen und einer Erhöhung des Bundeszuschusses. Das ist der gesellschaftlich gangbare Weg, um die Babyboomerjahre finanziell abzufedern.

Für diese Menschen lässt sich ja eine Lösung finden. Aber warum sollten Menschen, die im Büro arbeiten, nicht auch länger arbeiten?
Wer heute länger arbeiten will, kann das. Es gibt keinen Zwang, mit der Regelaltersgrenze in Rente zu gehen.

Dann macht es aber niemand.
Wenn ich in die Breite unserer Mitgliedschaft schaue, dann sind die Jobs, die vom Schreibtisch oder aus dem Homeoffice gemacht werden, die Ausnahme. Die meisten Menschen fragen sich, ob sie das Arbeiten überhaupt bis 60 schaffen.

Gibt es unter Verdi-Mitgliedern auch die Debatte, dass das Bürgergeld nicht gerecht sei?
Es gibt eine Diskussion, aber nicht geprägt vom Neid auf die Menschen, die vom Regelsatz leben müssen, sondern von der Kritik über die mangelnde Tariflohnentwicklung und geringe Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns.

Für welche Höhe plädieren Sie?
Laut EU-Richtlinie sollte der Mindestlohn bei 60 Prozent des Median-Einkommens liegen, also bei aktuell etwas mehr als 14 Euro. Da die Löhne weiter steigen werden, braucht es 2026 einen Mindestlohn von 15 Euro die Stunde. Insofern empfehle ich jeder Partei, die von breiten Teilen der Bevölkerung gewählt werden will, im Bundestagswahlkampf deutlich zu machen, dass sie für 15 Euro die Stunde eintritt.

Was ist die wichtigste Botschaft auf den 1.-Mai-Bühnen, die Sie verbreiten wollen?
Wir dürfen uns nicht einreden lassen, dass Deutschland der kranke Mann Europas und Sozialabbau die Antwort sei. Und dieser Staat darf nicht kaputtgespart werden. Es gibt Investitionsbedarf an allen Ecken und Enden, deshalb braucht es eine Überwindung der Schuldenbremse.
Interview: Jan Sternberg

ENDET DIESER STREIT NIE?



Die Tonne vor dem Betriebstor brennt inzwischen nicht mehr: Gewerkschaftsmann Michael Hecker im Januar mit weiteren Streikposten. FOTO: ANDRE KEMPNER

Fast ein halbes Jahr lang streiken die „Schrotter“ bei SRW in Espenhain südlich von Leipzig bereits. Dieser rekordverdächtige Arbeitskampf zieht im ganzen Land Aufmerksamkeit auf sich – denn es geht um mehr als Lohnerhöhungen oder Arbeitszeiten.

Von Josa Mania-Schlegel

Das Werkstor, für das sich die Bundespolitik so brennend interessiert, ist dunkelgrün lackiert und öffnet sich manchmal, wenn Lkw hineinfahren und Material für die Bagger bringen, die mit Greifarmen Autos, Omnibusse oder ganze Güterwaggons umherwuchten. Die Linken-Ikone Gregor Gysi war hier, die SPD-Chefs Lars Klingbeil und Saskia Esken, der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider, und Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer.

Aber die Politprominenz interessiert weniger, was hinter dem Tor in Espenhain bei Leipzig passiert. Sie will die treffen, die davor stehen: Die rund 80 Streikenden, mit Container, brennender Tonne und gelben Warnwesten. Jedenfalls standen sie hier. Der Posten wurde abgebaut. „Nach Ostern sind wir in eine andere Streikphase eingetreten“, sagt Michael Hecker, zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Leipzig. „Die Streikenden beteiligen sich aus dem Homeoffice.“ Man treffe sich nur noch zweimal pro Woche zur Streikversammlung.

Dass dieser Streik schon verschiedene Phasen hat, liegt an seiner Dauer: Er gilt inzwischen als der längste, den es je in der Geschichte der Bundesrepublik gab. Am 1. Mai sind seit Streikbeginn am 8. November inzwischen 175 Tage vergangen, fast ein halbes Jahr. Seit 1949 streikte niemand länger.

Aber steht er nun, siehe verglimmte Streiktonne und abtransportierter Container, kurz vor dem Ende? Nein, sagt Hecker. Spricht man mit ihm und der Gegenseite, der Scholz Recycling GmbH – dem Mutterkonzern der SRW Metalfloat – dann merkt man, dass es hier nicht nur um Gehaltserhöhungen, Weihnachtsgeld oder kürzere Arbeitszeiten geht.

Machtprobe mit dem Unternehmen

Auf dem Schrottplatz im Süden von Leipzig wird eine viel grundsätzlichere Frage verhandelt: Wie groß ist die Macht von Angestellten? Wird an einem grünen Werkstor bei Leipzig eine neue Arbeitswirklichkeit ausgehandelt?

Ein Montag vor einigen Wochen. Vor dem Container steht eine Zierpflanze, drinnen gibt es Kaffee, Würstchen und Kartenspiele. Die Streikenden haben ihren Posten wohnlich gemacht. Aber nun schauen alle nach draußen, wo ein kleines Podest für den hohen Besuch errichtet wurde. „Ihr müsst das durchstehen!“, ruft Gregor Gysi den rund 80 Streikenden zu.

Kathrin Kroll ist eine von ihnen. „Wir sind es wert, nach Tarif bezahlt zu wer-

den“, sagt die Sortiererin. „Man erwirtschaftet einen Haufen Profit mit uns.“ Tatsächlich: Schrott lohnt sich. Altes Kupfer, Blei, Stahl oder Aluminium wird auf dem Recyclinghof der SRW gepresst, geschreddert, aussortiert und gewinnbringend weiterverkauft. Zum Beispiel an Volkswagen. Laut IG Metall verschaffte Hof seinem Mutterkonzern jährlich Umsätze über Hunderte Millionen Euro.

Knackpunkt ist der Tarifvertrag

Die IG Metall fordert nun vier Dinge: 8 Prozent mehr Lohn, festgelegtes Urlaubs- und Weihnachtsgeld, 38 statt 40 Wochenstunden Arbeit und – das ist entscheidend – einen Tarifvertrag. „Nur darüber lässt sich rechtssicher zwischen Arbeitgeber und Belegschaft verhandeln“, sagt Streikführer Michael Hecker. „Sonst kann der Arbeitgeber jedes Jahr neu entscheiden, was er zahlt.“

Genau dagegen wehrt sich das Unternehmen. „Die Arbeitszeit wurde bereits reduziert, Weihnachtsgeld wurde immer gezahlt und für die geforderte Lohnerhöhung stehen wir zur Verfügung“, sagt Unternehmenssprecher Frank Elsner. Aber ein Vertrag, der all das verbindlich festlegt? „Wir befinden uns in einer sehr volatilen Branche“, sagt Elsner. Anders

„Der überwiegende Teil der Belegschaft, mehr als 100 Leute, arbeitet intensiv und fleißig.“

Thomas Müller, Geschäftsführer bei der Firma SRW Metalfloat



„Ihr müsst das durchstehen!“ In der Politik hegt nicht nur der Linken-Bundestagsabgeordnete Gregor Gysi (links) Sympathien für den Streik. FOTO: RAIK SCHACHE

gesagt: Das Geschäft mit dem Schrott ist zu unbeständig, um sich auf einen Tarifvertrag einigen zu wollen.

Hört man Kathrin Kroll zu, erfährt man eine andere Geschichte. Seit 20 Jahren ist sie im Unternehmen. 2380 Euro brutto verdient sie, bei einem Stundenlohn von 13,72 Euro. Sie berichtet von körperlichen Schmerzen vom langen Stehen am Band. Von Metallstaub, der in der Luft glitzert, wenn die Sonne in die Werkshallen scheint.

Nach etwa zehn Jahren gründete sie den Betriebsrat mit. Aber wie verhandelt man Gehälter? Wie Urlaubstage? Das, sagt sie, habe sie nicht gewusst. Also kontaktierte sie die Gewerkschaft. „Wir haben die IG Metall mit reingehtolt, weil uns die Expertise fehlte.“

Wenig später, im Jahr 2016, bekam die Scholz Recycling einen neuen Eigentümer: Für einen symbolischen Euro wurde das Unternehmen an die Chiho Environmental Group Limited verkauft. Eine Art Briefkastenfirma mit Adresse im Steuerparadies Cayman-Inseln und offiziellem Sitz in China. Ihr Chef: ein gewisser Yongming Qin.

Das Kern des Streiks liegt in China

Zurück zu Gregor Gysi, der nach seiner Rede von seinem Podest heruntertritt. Bevor er sich verabschiedet, kündigt er noch an, einen Brief an den chinesischen Botschafter zu schicken. „Ich werde schreiben, dass es nichts nützt, wenn die Belegschaft demotiviert ist.“ Auch wenn man den Streikführer Michael Hecker fragt, erfährt man: Der Kern des Streiks von Espenhain könnte in China liegen.

Wer ist der Chef Yongming Qin? Auf Presseanfragen antwortet er nicht. Auch Michael Hecker berichtet, keinen Kontakt zu ihm zu haben. Verhandlungen scheint Qin „aus ideologischen Gründen abzulehnen“, sagt Hecker. „Er schädigt lieber den Ruf des Unternehmens und verbrennt Geld, anstatt sich mit uns auf Augenhöhe zu treffen.“ Hecker ist überzeugt, dass die SRW seit Streikbeginn keinen Profit mehr macht. Das Unternehmen bestreitet das.

Ende März gab nicht Qin, dafür aber die nächst tiefere Managementebene der „Leipziger Volkszeitung“ ein Interview. „Der überwiegende Teil der Belegschaft, mehr als 100 Leute, arbeitet intensiv und fleißig“, sagte darin der Espenhainer SRW-Geschäftsführer Thomas Müller. Man habe den Betrieb von drei auf zwei Schichten reduziert. Den Dauerstreik sehe er sogar als Chance: Das Fehlen eines Teils der Belegschaft sei Antrieb, das Unternehmen sogar „noch effizienter“ aufzustellen.

Dass sich Politiker vor dem Werkstor mit Streikenden solidarisieren, bezeich-

net Daniel Fischer, Finanzchef der Scholz Group, als „PR-Veranstaltungen“, die „leider meist sehr einseitig“ seien. „Ich glaube, es ist ein Stückweit den bevorstehenden Landtagswahlen geschuldet. Man versucht, sich auf dem Rücken der Streikenden zu profilieren.“

Der Finanzchef wünscht sich nur eines: einen Rückzug der IG Metall. So komme man „schneller zu fairen und pragmatischen Entscheidungen, als wenn zusätzlich zum Betriebsrat noch eine Gewerkschaft mit am Tisch sitzt.“ Die IG Metall, so Fischer, tue so, als „müsste die Tarifbindung quasi im Grundgesetz stehen“.

Und jetzt?

Wie soll dieser Streik jemals enden? Einen Monat nach Gysis Besuch lädt Carsten Schneider (SPD), Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland, ein Video bei Instagram hoch. Was er nicht häufig tut. Der Streik von Espenhain scheint ihm am Herzen zu liegen. Die „Schrotter“, wie Schneider sagt, „arbeiten sehr hart.“ Und: „Sie wollen den gleich Lohn, den ihre Kolleginnen und Kollegen im Westen Deutschlands bekommen“, das sei „ihr faires Recht“.

Mitte April mischten sich abermals Politiker in den Streik in Espenhain ein – diesmal gleich 79 auf einmal. So viele Bundestagsabgeordnete von unter anderem SPD und Grünen unterschrieben einen offenen Brief, der die SRW Metalfloat auffordert, die Streikenden tariflich zu bezahlen. Weiter hieß es, das Bundeswirtschaftsministerium stünde zu dem Thema im Austausch mit der chinesischen Botschaft in Berlin.

SRW warf den Politikern darauf vor, „dem Konflikt eine diplomatische Dimension zu geben“. Der Brief sei eine „inakzeptable Einmischung der Politik“, während das „aggressive Verhalten der IG Metall aktuell keine Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit“ biete.

Kürzlich kündigte SPD-Chefin Saskia Esken einen weiteren Besuch in Espenhain an. Auf Anfrage von RND betonte sie abermals die Wichtigkeit des Streiks: „34 Jahre nach der Vereinigung liegt die Tarifbindung im Osten immer noch weit unter der im Westen“, sagt sie. Ein Osten, der „für immer Billiglohnland“ bleibt, wäre fatal und führe „nicht zu wirtschaftlichem Erfolg“, sondern verschärfe Fachkräfteprobleme. Das beste Gegenmittel, so die Sozialdemokratin: Tarifbindung.

An dem Schrottplatz südlich von Leipzig geht es längst nicht nur um die Frage, wie viel Geld man verdient. Es geht um die fast ideologische Frage, was wichtiger ist: die Freiheit des Unternehmens oder ein sicherer Arbeitsplatz. Ob sie sich in Espenhain klären wird, ist unklar.

Von Barbara Barkhausen

In Australien gilt der 1. Mai nicht als Feiertag, obwohl es auch in Down Under einen sogenannten Labour Day gibt – also einen „Tag der Arbeit“. Und auch in Australien ist dieser „Labour Day“ ein Feiertag. Allerdings wird er je nach Bundesland an einem anderen Tag begangen: am ersten Montag im Mai, am ersten Montag im Oktober und in einigen Staaten auch schon im März.

Unser 1. Mai als Feiertag sucht seinen Ursprung in den USA, wo er einst der sogenannte Moving Day war, an dem viele Arbeitsverträge endeten oder neu abgeschlossen wurden. Auch ein erster Generalstreik in den USA, bei dem rund 400.000 Arbeiterinnen und Arbeiter für den heute so selbstverständlichen Achtstundentag demonstrierten, fand 1886 am 1. Mai statt.

Doch die ersten erfolgreichen Kämpfe für diesen Achtstundentag und für dadurch deutlich verbesserte Arbeitsbedingungen lassen sich ans andere Ende der Welt verfolgen. Denn obwohl die Gewerkschaftsbewegung in den 1830ern in Großbritannien geboren wurde, soll es ein britischer Schreiner in Neuseeland gewesen sein, der die revolutionäre Idee aus der Heimat 1840 zum vermutlich ersten Mal in die Tat umsetzte.

Im Hafen untergetaucht

So nahm der Schreiner Samuel Parnell damals einen Job für den Aufbau eines Ladens in der neuseeländischen Hauptstadt Wellington rein unter der Bedingung an, dass er nur acht Stunden am Tag arbeiten musste. Berichten zufolge sagte er zu seinem potenziellen Arbeitgeber: „Es sind uns 24 Stunden am Tag gegeben: Acht davon sollten für die Arbeit, acht für den Schlaf und die restlichen acht für die Erholung gedacht sein.“

Den Satz hatte zuvor der britische Sozialreformer Robert Owen geprägt. Weil Schreiner damals Mangelware waren, wurde Parnells Wunsch stattgegeben. Die Idee sprach sich herum, und andere Arbeiter folgten seinem Beispiel. Sie beschlossen ebenfalls, künftig nur noch von 8 bis 17 Uhr zu arbeiten. Damit sich alle solidarisch zeigten, einigten sie sich darauf, dass jeder, der dagegen verstieß, zur Strafe im Hafen untergetaucht werden sollte.

Deutlich professioneller gingen die Arbeiter im benachbarten Australien vor. Dort gab es den ersten offiziell eingeführten Achtstundentag mit vollem Lohnausgleich im Jahr 1856. Auch in Australien waren es britische Handwerker, die sich zuvor schon in der dortigen Arbeiterbewegung engagiert hatten, die bereit waren, auch in ihrer neuen Heimat für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Zahlreiche Briten waren wie auch viele Menschen aus anderen Nationen wegen des Goldrauchs in den 1850er-Jahren in die britische Kolonie am anderen Ende der Welt geströmt.

Dreimal die Acht

Am 21. April 1856 brachten Steinmetze und andere Bauarbeiter in Melbourne den Ball ins Rollen. Sie legten ihre Arbeit nieder und marschierten in einer Protestaktion in Richtung Parlament. Dabei schwenkten sie Transparente, auf denen drei Achten („888“) zu sehen waren – die Zahlenkombination, die der Brite Owen einst ins Spiel brachte und die auch Parnell in Neuseeland schon beworben hatte: „Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung, acht Stunden Ruhe.“

Wie extrem schlecht die damaligen Arbeitsbedingungen waren, kann man sich heute kaum mehr vorstellen. Doch im 19. Jahrhundert arbeiteten viele Menschen bis zu 14 Stunden am Tag, sechs Tage die Woche. Bezahlt Krankheits- oder Urlaubstage gab es nicht, und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konnten jederzeit und ohne Angabe von Gründen entlassen werden. Gerade in Australien, zu diesem Zeitpunkt eine britische Kolonie, in der viele der ersten Arbeiter Sträflinge waren, gab es kaum Schutz hinsichtlich der Arbeitsbe-



Achtstundentag für alle! Demonstration um 1900 in der australischen Großstadt Melbourne für die allgemeine Arbeitszeitverkürzung. FOTO: WIKIPEDIA

500 Peitschenhieben, einem Monat Einzelhaft und fünf Jahren Gefängnis verurteilt, weil er „die Diener seines Herrn dazu angestiftet hatte, sich zu vereinigen, um ihn zu zwingen, den Lohn und die Rationen zu erhöhen“, wie es vonseiten des Museums heißt.

Ein Segen: das Wochenende

Insofern war der erfolgreiche Protest der Steinmetze in Melbourne einige Jahrzehnte später eine geradezu heroische Aktion und ein Meilenstein für die internationale Arbeiterbewegung.

Trotz der frühen Erfolge sollte es auch in Australien noch fast ein Jahrhundert dauern, bis der Achtstundentag dann wirklich zur Norm wurde. „Eine Fünftageweche bescherte uns den großen Segen, das Wochenende“, schrieb John Quiggin, Professor für Volkswirtschaft an der University of Queensland, einst in einem akademischen Aufsatz. Sowohl Produktivität als auch Lebensstandard seien in der Folge stetig verbessert worden. Viele industrialisierten Länder folgten der Idee, auch wenn die meisten Erwerbstätigen bis Anfang der Mitte des 20. Jahrhunderts auf den Achtstundentag warten mussten. In Deutschland wurde er beispielsweise 1918 zunächst für Arbeiter und 1919 auch für Angestellte eingeführt.

Auch die Ursprünge der Viertageweche liegen übrigens am anderen Ende der Welt. So startete die Firma Perpetual Guardian in Neuseeland 2018 das Experiment, dass Angestellte nur noch vier statt fünf Tage arbeiteten und das bei gleichem Gehalt. Eine Studie zog bereits nach einigen Monaten ein positives Fazit: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren weniger gestresst, deutlich glücklicher und um 20 Prozent produktiver, obwohl sie einen Tag weniger im Büro verbrachten. Auch die Gesamtleistung des Unternehmens ließ nicht nach. 78 Prozent der Mitarbeiter sagten, dass sie das Gefühl hätten, ihre Work-Life-Balance erfolgreich bewältigen zu können, 24 Prozent mehr als bei der Befragung vor dem Experiment. Und das Stressniveau der Mitarbeiter sank um 7 Prozent, während die Lebenszufriedenheit insgesamt um 5 Prozent höher lag.

Mehr Golf, Netflix – oder putzen

Die Angestellten der neuseeländischen Treuhandgesellschaft arbeiten insgesamt 30 Stunden an vier Tagen. Jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter hat damit auch während der Woche einen Tag frei. Diesen nutzen einige für ähnliche Aktivitäten wie am Wochenende, zum Beispiel spielen sie Golf oder schauen Netflix. Andere verbringen aber auch mehr Zeit mit ihren Eltern, lernen etwas Neues oder putzen ihr Haus schon während der Woche anstatt am Wochenende.

„Die Manager gaben an, dass ihre Teams durch den Prozess kreativer waren“, sagte Jarrod Haar, ein Professor für Personalmanagement an der Auckland University of Technology, der an der Studie beteiligt war. „Sie mussten an vier Tagen nach Lösungen suchen, um ihre Arbeit zu schaffen.“

Zudem hätten die Führungskräfte einen verbesserten Kundenservice festgestellt. Die Mitarbeiter seien „engagierter und konzentrierter“ gewesen, wenn Kunden anriefen. Zusätzlich dazu konnte die Studie auch eine Stärkung des Teamgedankens feststellen – die Zusammenarbeit klappte deutlich besser. Und auch die Arbeitszufriedenheit sei so sehr gestiegen, dass sich deutlich weniger Mitarbeiter nach einem anderen Job umschauen würden, wie es hieß.

Andrew Barnes, der Geschäftsführer von Perpetual Guardian, sagte Medienvertretern damals, dass es die richtige Zeit für die Idee gewesen sei. „Wir müssen mehr Unternehmen dazu bringen, es zu versuchen“, wurde der Neuseeländer damals in der australischen Ausgabe der Zeitung „The Guardian“ zitiert. Die Viertageweche würde nicht nur eine Verbesserung für Unternehmen und ihre Mitarbeiter bringen, sondern der gesamten Gesellschaft zugute kommen.

IDEEN VOM ANDEREN ENDE DER WELT

Der „Tag der Arbeit“ ist ein gesetzlicher Feiertag, an dem Arbeiterrechte und soziale Gerechtigkeit gefeiert werden. Während die Ursprünge der Bewegung in Großbritannien und den USA liegen, verbuchten Streikende am anderen Ende der Welt erste handfeste Erfolge – auf dem fünften Kontinent.

dingungen. Typischerweise arbeiteten die Sträflinge von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang. An Samstagen wurden ebenfalls mehrere Stunden gearbeitet, nur der Sonntag galt als ein Ruhetag, wobei ein Kirchenbesuch Pflicht war.

Draconische Strafen

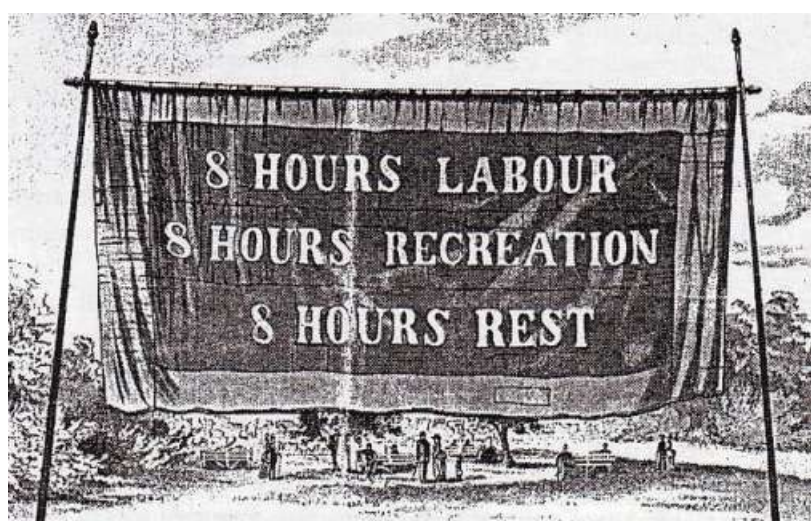
Die Arbeit in der Kolonie stellte einen Teil der Bestrafung eines Sträflings dar. Freie Siedler betrachteten Sträflinge zunehmend als Gratisarbeitskräfte, wie es auf der Webseite des National Museum Australia heißt. Die erste Arbeitskämpfmaßnahme in Australien fand demnach 1791 statt, als Sträflinge in den Streik traten und tägliche statt wöchentliche Lebensmittelrationen forderten. In den Anfangsjahren der Kolonie wurde das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch die britischen Masters and Servants Acts geregelt, die stark auf die Interessen der Arbeitgeber ausgerichtet waren. Mitarbeiter konnten wegen einer Reihe von Verstößen strafrechtlich verfolgt werden, darunter Trunkenheit, unbeantragte Abwesenheit und Unaufmerksamkeit gegenüber ihren Pflichten.

Zu den Strafen konnten laut dem Museum Lohnkürzungen und Gefängnisstrafen gehören. Diese waren nur gerichtlich durchsetzbar, aber da die Richter der gleichen Klasse wie die Arbeitgeber angehörten, wurde in den meisten Fällen zugunsten der Arbeitgeber entschieden. Im Jahr 1822 wurde der Sträflingshirt James Straighter zu



„Es sind uns 24 Stunden am Tag gegeben: Acht davon sollten für die Arbeit, acht für den Schlaf und die restlichen acht für die Erholung gedacht sein.“

Samuel Parnell (1840), britischer Schreiner in Neuseeland und Vorkämpfer für einen Achtstundentag



Im April 1856 streikten und demonstrierten Steinmetze und andere Bauarbeiter in Melbourne für den Achtstundentag. FOTO: WIKIPEDIA

EINE BLAUPAUSE FÜR DEN FRIEDEN?



Istanbul im März 2022: Der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu (Mitte) zwischen der russischen (links) und der ukrainischen Delegation im Dolmabahçe-Palast. FOTO: DPATAA

Im Frühjahr 2022 verhandelten Russland und die Ukraine. Sie hätten damals den Krieg beenden können, behauptet Sahra Wagenknecht und folgt damit dem russischen Narrativ. Fachleute haben die Gespräche rekonstruiert – und glauben, dass sich an manche Ideen durchaus anknüpfen lässt.

Von Christoph Kühne

Nein, wir kommen jetzt nicht noch mal mit Istanbul im Jahr 2022.“ Sandra Maischberger versuchte vergangene Woche vergeblich, ihren Talkshowgast zu stoppen. Sahra Wagenknecht war aber nicht abzubringen. „Was der ukrainische Verhandlungsführer jetzt gesagt hat, jetzt hat er das gesagt...“, über-tönte sie Maischberger. Die ließ resignierend den Kopf hängen, als Wagenknecht von ihrem Zettel abzulesen begann.

Die Chefin der neuen Partei Bündnis Sahra Wagenknecht zitierte nun den früheren ukrainischen Chefunterhändler Davyd Arachamija aus einem Interview vom November 2023: „Die Russen waren bereit, den Krieg zu beenden, wenn wir der Neutralität zugestimmt und uns verpflichtet hätten, der Nato nicht beizutreten.“

Das Zitat ist korrekt. Worauf Wagenknecht aber Bezug nimmt, ist eine Erzählung der russischen Propaganda.

In Kurzform geht sie so: Wenige Tage nach Putins Überfall auf das Nachbarland nahmen im Frühjahr 2022 Vertreter Russlands und der Ukraine Verhandlungen auf, zunächst in Belarus, dann in der Türkei. Beide Seiten machten weitreichende Zugeständnisse, festgehalten im sogenannten Istanbul-Kommuniqué. Wäre daraus ein Abkommen geworden, hätte es den Krieg beenden können, kaum dass er ausgebrochen war – doch der Westen habe die Ukraine zum Weiterkämpfen gedrängt. So weit das Narrativ.

Ideen für den Frieden?

Auch Wladimir Putin zieht das Arachamija-Zitat gern aus dem Ärmel. Als Beleg für die Kriegstreiberei des Westens und die russische Friedensbereitschaft. In der Regel setzt er einen Dreh obendrauf: Der Rückzug russischer Truppen aus Kiew im

„Es gab und es gibt kein Vertrauen in die Russen, dass sie das, was sie versprechen, auch tun.“

Davyd Arachamija, ukrainischer Verhandlungsführer im Frühjahr 2022

April 2022 sei keine militärische Niederlage gewesen, sondern eine Geste guten Willens, um die Verhandlungen mit der Ukraine zu erleichtern.

Man könnte das Ganze als russische Propaganda abtun. Aber nur einen Tag nach Wagenknechts Auftritt bei Maischberger legten zwei unverdächtige Experten in der Fachzeitschrift „Foreign Affairs“ eine umfangreiche Rekonstruktion der Verhandlungen vor. Samuel Charap, Politologe an der US-Denkfabrik Rand, und Sergey Radchenko, Professor für Internationale Beziehungen an der Johns Hopkins University, haben sich die damaligen Entwürfe angesehen und Interviews mit Beteiligten geführt.

Ihr Fazit: Die Verhandlungen hätten den Krieg nicht beenden können. Aber Ukrainer und Russen seien im Frühjahr 2022 näher an einer Kompromisslösung gewesen als bisher bekannt. Noch heute könne das Istanbul-Kommuniqué eine Blaupause sein, um den Krieg zu beenden. „Sollten Kiew und Moskau an den Verhandlungstisch zurückkehren, finden sie ihn übersät mit Ideen, die sich noch als nützlich erweisen könnten, um einen dauerhaften Frieden zu schaffen“, so die Experten.

Was also hat es mit den Kompromissen im Istanbul-Kommuniqué auf sich? Den Kern des Dokuments bilden drei Punkte:

■ **Neutralität:** Die Ukraine sollte endgültig auf einen Nato-Beitritt verzichten und die Stationierung ausländischer Truppen auf ihrem Territorium untersagen. Außerdem sollte sie die Zahl ihrer Panzer sowie ihrer Soldatinnen und Soldaten massiv reduzieren.

■ **Multilaterale Sicherheitsgarantien:** Für den Fall, dass die Ukraine angegriffen wird, sollten sich äußere Garantiemächte zu ihrer Verteidigung verpflichten. Das Kommuniqué listete mehrere mögliche Kandidaten auf, darunter die USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland – aber auch Russland.

■ **Territorialfrage vertagt:** Über den Status der russisch besetzten Gebiete in der Ostukraine und der 2014 von Russland annektierten Halbinsel Krim sollte später verhandelt werden. Mit dem Zielhorizont, erst in 15 Jahren eine Lösung zu finden, klammert das Istanbul-Kommuniqué die Gebietsfrage letztlich aus.

Als Modell sind für Charap und Radchenko insbesondere die multilateralen Sicherheitsgarantien interessant. Russland als Garantiemacht für die Sicherheit der Ukraine? Das klingt wie ein böser Witz. Der Kniff liegt aber in der Wechselseitigkeit. Denn es wären umgekehrt eben auch Staaten wie die USA verpflichtet gewesen, die Ukraine gegen eine russische Aggression zu verteidigen.

Das wäre de facto auf eine Beistandsverpflichtung wie in der Nato hinausgelaufen. Im Istanbul-Kommuniqué war diese Verpflichtung laut Charap und Radchenko sogar präziser formuliert als in Artikel 5 des Nordatlantikvertrags: mit einer Flugverbotszone, Waffenlieferungen und der direkten Intervention von Streitkräften der Garantiemacht. Der entscheidende Unterschied zur Nato-Mitgliedschaft hätte darin gelegen, dass in Friedens-

zeiten keine ausländischen Truppen in der Ukraine stationiert werden dürften. Die Ukraine wäre eine Art Pufferstaat geworden, ohne westliche Truppen im Land, aber trotzdem unter dem faktischen Schutz der Nato.

Ein Modell für die Zukunft?

Wie realistisch ist das? Schon die späteren Entwürfe des Istanbul-Kommuniqués zeigen die Probleme. Charap und Radchenko haben die verschiedenen Versionen und ihre Randnotizen analysiert. So pochte Russland bei den multilateralen Sicherheitsgarantien auf ein Veto. Das hätte natürlich das gesamte Modell ad absurdum geführt.

„Russland hat diese Verhandlungen nie ernst gemeint“, glaubt Sabine Fischer von der Stiftung Wissenschaft und Politik. „Und es hat sie am Ende scheitern lassen, weil es zu keinem Moment von seinen Maximalforderungen abgerückt ist“, erklärte sie gegenüber dem Deutschlandfunk.

Noch weitere Faktoren führten im Frühjahr 2022 zum Abbruch der Verhandlungen. Die Ukraine machte militärische Geländegewinne und konnte hoffen, Russland auf dem Schlachtfeld zu besiegen. Nach dem Rückzug russischer Truppen aus Kiew Vororten wurden dann die Massaker an Zivilisten in Irpin und Butscha bekannt. Das entzog jeder Diplomatie die Basis.

Die eigentlichen Hürden aber waren viel grundlegenderer Natur. Sie stehen auch zukünftigen Ansätzen zur Beendigung des Krieges im Weg.

Eine dieser Hürden wird darin deutlich, was Wagenknecht in ihrem Zitat unterschlagen hat. Der ukrainische Chefunterhändler begründete nämlich, warum die Verhandlungen damals abgebrochen wurden. „Es gab und es gibt kein Vertrauen in die Russen, dass sie das, was sie versprechen, auch tun“, erklärte Arachamija in dem Interview, auf das Wagenknecht sich be-

zog. „Wir konnten nicht einfach unterzeichnen und gehen. Alle hätten aufgeatmet, und dann hätten sie wieder angegriffen, diesmal besser vorbereitet.“

Eine Lösung für das Dilemma

Darin zeigt sich das bleibende Dilemma mit Putin. Ohne Verhandlungen mit Russland ist kein Frieden zu machen. Andererseits zeigt die Erfahrung mit dem russischen Präsidenten, dass ihm nicht zu trauen ist. Wie sollen mit einem solchen Konterpart Verträge möglich sein?

Nun gehört Misstrauen seit jeher zum Wesen der internationalen Politik. Eine kluge Sicherheitspolitik muss Lösungen für genau dieses Problem suchen. Sie muss Mechanismen erfinden, die trotz Argwohn und Feindschaft einen stabilen Frieden gewährleisten. So gesehen ergibt die Idee mit den multilateralen Sicherheitsgarantien prinzipiell Sinn. Sie baut nicht auf Vertrauen, sondern auf Abschreckung: Greift Putin noch einmal die Ukraine an, geht er in die direkte Konfrontation mit der Nato und riskiert einen dritten Weltkrieg.

Nur: Auf was für eine Ukraine könnte sich eine solche Sicherheitsarchitektur beziehen? Auf eine, der ein Großteil ihres Territoriums gewaltsam entrisen wurde? Das würde Putins Angriffskrieg belohnen und ein gefährliches Signal an alle Aggressoren weltweit senden. Deshalb war die Position des Westens von Beginn an: Putin muss maximal scheitern, mindestens muss der Status quo ante hergestellt werden, also die ukrainischen Grenzen vor dem 24. Februar 2022.

Solange diese Territorialfrage offen ist, zäumen alle Verhandlungen das Pferd von hinten auf. Kriege werden auf dem Schlachtfeld entschieden, heißt es. Erst wenn alle Beteiligten glauben, durch weiterkämpfen nichts mehr gewinnen zu können, schlägt die Stunde der Diplomatie. Auf absehbare Zeit scheint das nicht der Fall zu sein.

IMPRESSUM

Herausgeber
RND RedaktionsNetzwerk Deutschland GmbH
August-Madsack-Straße 1
30559 Hannover
Geschäftsführung:
Thomas Düffert, Bernhard Bahners
Registergericht: Amtsgericht Hannover
Registernummer: HRB 209608
Umsatzsteuer-ID gemäß §27a Umsatzsteuer-gesetz: DE 292199623

E-Mail: info@RND.de
Internet: www.RND.de

Chefredaktion
Chefredaktion: Sven Oliver Clausen, Eva Quadbeck
Mitglieder der Chefredaktion:
Manuel Becker, Stefanie Gollasch

Konzeption und Umsetzung
Claus Baldauf, Manuel Becker, Michael Pohl,
Dirk Schmalzer, Kristian Teetz
E-Mail: info@RND.de
Internet: www.RND.de

Für alle Inhalte dieses Angebotes ist verantwortlich i. S. v. § 18 Abs. 2 MStV:
Eva Quadbeck
August-Madsack-Str. 1
30559 Hannover

Anzeigen
Patrick Bludau (verantw.)

Quellenhinweis
Die RND RedaktionsNetzwerk Deutschland GmbH nutzt u.a. Bild- und Textmaterial folgender

Agenturen und Nachrichtendienste:
dpa, AP, epd, Getty Images, imago

Rechtliche Hinweise
Seit dem 9. Januar 2016 gilt die Verordnung (EU) Nr. 524/2013 über die Streitigkeiten (kurz: ODR-Verordnung). Sie dient der Stärkung der Verbraucherrechte. Die Europäische Kommission stellt unter <https://webgate.ec.europa.eu/odr/> eine entsprechende Plattform zur außergericht-

lichen Onlinestreitbeilegung bereit. Unsere E-Mail-Adresse finden Sie oben im Impressum.

Informationen nach dem Verbraucherstreitbeilegungsgesetz (VSBG)
Wir sind zur Teilnahme an einem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle weder bereit noch verpflichtet.

Alle Rechte vorbehalten

Von Sven Christian Schulz

Die Europäische Union befand sich in einem Ausnahmezustand, als am 1. Mai 2004 um Mitternacht zehn Länder dem Bündnis beitraten. Die baltischen Staaten zündeten Feuerwerk, der damalige Außenminister Joschka Fischer fiel auf der Brücke zwischen Frankfurt (Oder) und dem polnischen Slubice seinem Amtskollegen in die Arme, und am Brandenburger Tor feierten Tausende ausgelassen und schwenkten Europafahnen.

Es war ein Gänsehautmoment für Europa und ein Ereignis von historischem Ausmaß. Länder, die einst auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs lagen, gehören seitdem zur EU. Die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen kamen hinzu, ebenso wie Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und die Inselrepubliken Malta und Zypern im Mittelmeer. Es war die größte Erweiterungswelle in der Geschichte der EU. Heute, 20 Jahre später, geben einige dieser Staaten den Takt in der Union vor – als Blockierer, Antreiber oder Pragmatiker.

Viktor Orban, der Blockierer

Die EU hat ein Problem, und das heißt Viktor Orban, so könnte man die Schlagzeilen der letzten Jahre zusammenfassen. Er gefällt sich sichtlich in seiner Rolle als Bösewicht der EU, blockiert mit seinem Veto die notwendige Einstimmigkeit bei wichtigen Entscheidungen und lässt sich nur mit milliardenschweren Zugeständnissen für sein Land besänftigen. Wie viel davon angesichts der grassierenden Korruption in Ungarn in die eigenen Taschen von Orbans Entourage fließt, ist nicht bekannt. Doch die Opposition wirft der Orban-Regierung vor, in den vergangenen fünf Jahren Milliarden an öffentlichen Geldern für den eigenen Luxus und hetzerische Propagandakampagnen ausgegeben zu haben, statt für Krankenhäuser und Schulen.

Der Störenfried aus Budapest setzt auf Konfrontation statt Solidarität, auf Egoismus statt Konsens. Als Orban den Europawahlkampf seiner Fidesz-Partei eröffnete, gab er die Parole auf Englisch aus, damit sie auch in Brüssel jeder versteht: „No migration, no gender, no war!“ Mit anderen Worten: Er will den anderen EU-Staaten weiterhin keine Flüchtlinge abnehmen, auch wenn diese mit den vielen Bootsflüchtlingen völlig überfordert sind. Europäische Werte sind etwas für Waschlappen und die anderen EU-Regierungen, behauptet Orban, würden am liebsten selbst an die ukrainische Frontlinie ziehen. Bei seinen Anhängern kommen solche Lügen und Propaganda gut an. Orban macht die EU zum Feindbild.

In Brüssel schafft es der 60-jährige Ungar mit seinen Blockaden immer wieder auf die Tagesordnung und ins politische Rampenlicht. Seit Mai vergangenen Jahres blockiert er mit seinem Veto die Auszahlung von 500 Millionen Euro für Waffen und Ausrüstung an die Ukraine aus der sogenannten Europäischen Friedensfazilität. Auch fast ein Jahr später sehen EU-Diplomaten keinerlei Bewegung auf ungarischer Seite.

Noch größer ist der Ärger darüber, dass Orban die gemeinsame Linie der EU gegen Russland boykottiert. Er pflegt gute Beziehungen zum russischen Präsidenten Wladimir Putin, traf ihn als einziger EU-Regierungschef im vergangenen Oktober in China. Die wirtschaftlichen Verflechtungen beider Staaten nehmen sogar zu und EU-Sanktionen gegen Russland blockiert Orban oder handelt Ausnahmen für sein Land aus. Einen EU-Beitritt der Ukraine lehnt er hingegen ab. Viele sehen in Orban den verlängerten Arm Putins.

Vor einigen Wochen gab es einen interessanten Augenblick im Europäischen Rat. Orban fragte seinen slowakischen Amtskollegen Fico, der zu Hause ebenso heftig gegen die EU wettet, ob er mit ihm den sogenannten Doorstep machen wolle, das übliche Statement mit zwei, drei Fragen der Presse. Doch Fico lehnte ab, wollte offenbar nicht mit Orban in einen Topf geworfen werden. Er sei nicht wie Orban, lautete die un-



Comeback im vergangenen Herbst: Polens Regierungschef Donald Tusk absolviert seine dritte Amtszeit.

FOTO: IMAGO/DAMIAN BURZYKOWSKI

schnell auf Russland zurück. Sie sehe alles durch die russische Brille, wird ihr in Brüssel oft vorgeworfen. Doch das Sicherheitsgefühl der Menschen im Baltikum ist aufgrund der Geschichte und der geografischen Nähe zu Russland ein völlig anderes als in anderen EU-Ländern. „Als Russland Estland besetzte, haben sie Esten nach Sibirien deportiert und Russen ins Land geholt, auch meine Familie wurde nach Sibirien deportiert“, sagte die 46-Jährige einmal.

Die Antreiberin aus Estland wird in Brüssel als nächste Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik gehandelt, als Nachfolgerin des Spaniers Josep Borrell, und genießt das Vertrauen ihres französischen Amtskollegen Emmanuel Macron. Beide gehören der liberalen Parteienfamilie an, zuletzt sprang sie ihm zur Seite, als er westliche Bodentruppen in der Ukraine nicht länger ausschloss.

Noch immer bekomme sie von älteren Kollegen den Rat, mehr auf die großen EU-Staaten zu hören, erzählt Kallas in Brüssel. Dabei könnten ihrer Meinung nach gerade die älteren EU-Mitglieder noch etwas von Estland lernen. Nach 20 Jahren in der EU sitze sie gleichberechtigt am Tisch. „Heute werden wir nicht mehr übersehen“, sagte die Estin. „Wir sind genauso Europa wie Deutschland und Frankreich.“

Donald Tusk, der Pragmatiker

Einen „überzeugten und überzeugenden Europäer“ nannte Angela Merkel den polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk vor vielen Jahren bei der Verleihung des Karlspreises. Während viele Politiker damals Brüssel für viele Probleme verantwortlich machten, verteidigte Tusk die EU leidenschaftlich. „Die Europäische Union ist großartig. Sie ist der beste Ort auf der Erde, um geboren zu werden und sein Leben zu leben“, sagte er 2011.

Seitdem hat sich Tusk verändert, aber auch Polen. Dort übernahm die rechtspopulistische PiS-Partei die Regierung für acht Jahre und brachte den Staat nach ungarischem Vorbild unter ihre Kontrolle. Von Brüssel aus musste Tusk als EU-Ratspräsident mitantreiben, wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in seiner Heimat immer mehr ausgehöhlt wurden. Polen wurde zum Sorgenkind, die EU verhängte sogar Sanktionen.

Umso größer war die Freude bei den Europäern, als Tusk im letzten Herbst die polnischen Wahlen gewann und nun sein Comeback als Regierungschef feierte. Jetzt ist er der europäische Hoffnungsträger für viele, die rechte Regierungen abgewählt sehen wollen.

Doch Tusk ist Pragmatiker, das war er schon immer, und in einigen Punkten liegt er nicht weit von der PiS entfernt. So stimmte er gegen das neue EU-Migrationsgesetz und die Umverteilung von Flüchtlingen in der EU, die die Mittelmeeranrainer endlich entlasten sollte. In der Ukraine-Politik forderte er ein Ende des zollfreien Exports von ukrainischem Getreide in die EU. Er will den EU-Beitritt weiterer Staaten vorantreiben, aber trotz der bitteren Erfahrungen mit Orban nicht bei der Abschaffung des Vetorechts mitziehen.

Tusk verhandelt hart in der Sache, aber in einem anderen Ton als die PiS, und will Polen vom Sorgenkind an die Spitze der EU führen. Der 67-Jährige wurde in den letzten Jahren nicht müde zu verkünden, sein Land wolle eine Führungsrolle in der EU spielen. Vor wenigen Wochen bekräftigte er, Polen solle „Anführer innerhalb der EU“ werden. Er schmiedet Allianzen mit den baltischen Staaten und den osteuropäischen Nachbarn, will ihnen eine stärkere Stimme in Europa und der Nato geben.

Zuletzt wettete er gegen die von der Ukraine weit entfernten Spanier, die in Russlands Krieg keine wirkliche Bedrohung für Europa sehen würden. Tusk ist eben nicht nur Pragmatiker, sondern auch das schlechte Gewissen der EU.

DIE NEUEN HABEN EUROPA VERÄNDERT

Während die Europäische Union das 20-jährige Jubiläum der Osterweiterung feiert, ringen in Brüssel die Antreiber, Blockierer und Pragmatiker unter den neuen Ländern um Macht und Einfluss. Und nicht selten geben sie den Takt an – vom Ungarn Viktor Orban über die Estin Kaja Kallas bis zum Polen Donald Tusk.

missverständliche Botschaft. Orban ist in der EU isoliert, aber das scheint ihm egal zu sein, solange er Milliarden aus Brüssel nach Budapest holen kann. Ob er die EU noch ganz auseinandertreiben wird? Ein EU-Diplomat sagte kürzlich: Orban weiß genau, man schlachtet nicht die Kuh, die man melkt.

Kaja Kallas, die Antreiberin

„Manchmal habe ich das Gefühl, dass wir Angst vor unserer eigenen Macht haben“, sagte Kaja Kallas bei einem Treffen mit Journalisten in Brüssel. Die estnische Premierministerin dringt wie kein anderer Staats- und Regierungschef der EU auf die Ausweitung der Ukraine-Unterstützung. Sie versteht, warum ihre Kollegen zögerten, dem angegriffenen Land langfristige Hilfen zuzusagen. „Die Ukraine braucht sowohl militärische Hilfe als auch langfristige Unterstützung, und wir müssen jetzt handeln.“

Es sind keine leeren Worte, mit denen die 46-Jährige vehement um Unterstützung für die Ukraine wirbt. Unter ihrer Führung hat Estland seit 2022 mehr als 1,6 Prozent seines BIP für die Ukraine ausgegeben und sich verpflichtet, dem Land künftig jedes Jahr aufs Neue mindestens 0,25 Prozent für Waffen und Munition zu zahlen. Geht es nach ihr, sollen alle EU-Staaten diesem Beispiel folgen. Die Regierungschefin ruft öffentlich zum Kampf gegen Russland und Putin auf, obwohl in Estland selbst eine große russischstämmige Minderheit lebt.

Egal welches politische Thema angesprochen wird, Kallas kommt



Manchmal habe ich das Gefühl, dass wir Angst vor unserer eigenen Macht haben.

Kaja Kallas, Regierungschefin von Estland



Benutzt die EU als Feindbild: Ungarns Premierminister Viktor Orban zu Besuch beim Europäischen Rat in Brüssel.

FOTO: IMAGO/NICOLAS MAETLERLINCK

WETTER

DEUTSCHLAND

Berlin	heiter	28°
Bielefeld	Regenschauer	27°
Bremen	wolkig	27°
Brocken	heiter	19°
Dortmund	wolkig	27°
Dresden	heiter	27°
Düsseldorf	Gewitter	27°
Erfurt	wolkig	26°
Essen	wolkig	27°
Feldberg	wolkig	15°
Frankfurt am Main	wolkig	29°
Freiburg	Regenschauer	25°
Garmisch-Partenk.	wolkig	25°
Göttingen	wolkig	26°
Hamburg	wolkig	27°
Hannover	wolkig	27°
Kassel	wolkig	27°
Kiel	wolkig	21°
Köln	wolkig	28°
Konstanz	wolkig	25°
Leipzig	heiter	27°
List auf Sylt	wolkig	22°
Lübeck	wolkig	25°
Magdeburg	wolkig	28°
München	wolkig	26°
Nürnberg	wolkig	26°
Potsdam	heiter	28°
Rostock	wolkig	25°
Saarbrücken	wolkig	26°
Schwerin	wolkig	25°
Stuttgart	wolkig	26°
Wolfsburg	wolkig	26°
Zugspitze	wolkig	2°

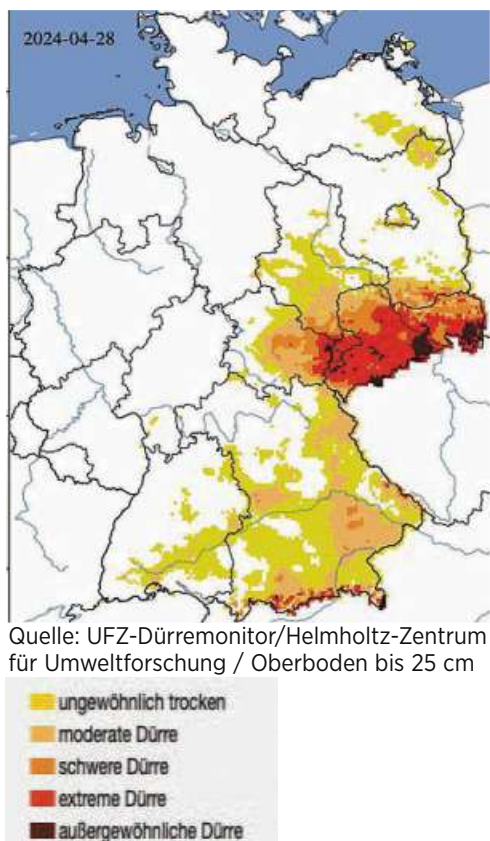
EUROPA

Amsterdam	Regenschauer	23°
Athen	wolkig	26°
Barcelona	Regenschauer	20°
Belgrad	wolkig	22°
Brüssel	Gewitter	23°
Bukarest	wolkig	20°
Dublin	Regenschauer	14°
Dubrovnik	Regenschauer	23°
Helsinki	heiter	17°
Istanbul	Regenschauer	15°
Kiew	sonnig	22°
Kopenhagen	heiter	21°
Lissabon	Regenschauer	17°
London	Regenschauer	18°
Madrid	wolkig	14°
Mailand	Regenschauer	19°
Marseille	Regenschauer	14°
Moskau	heiter	18°
Nizza	Regen	18°
Paris	Regen	18°
Prag	heiter	24°
Rom	Gewitter	20°
Salzburg	wolkig	24°
Sofia	wolkig	19°
Stockholm	wolkig	15°
Venedig	Regenschauer	21°
Warschau	wolkig	23°
Wien	wolkig	23°
Zürich	wolkig	24°

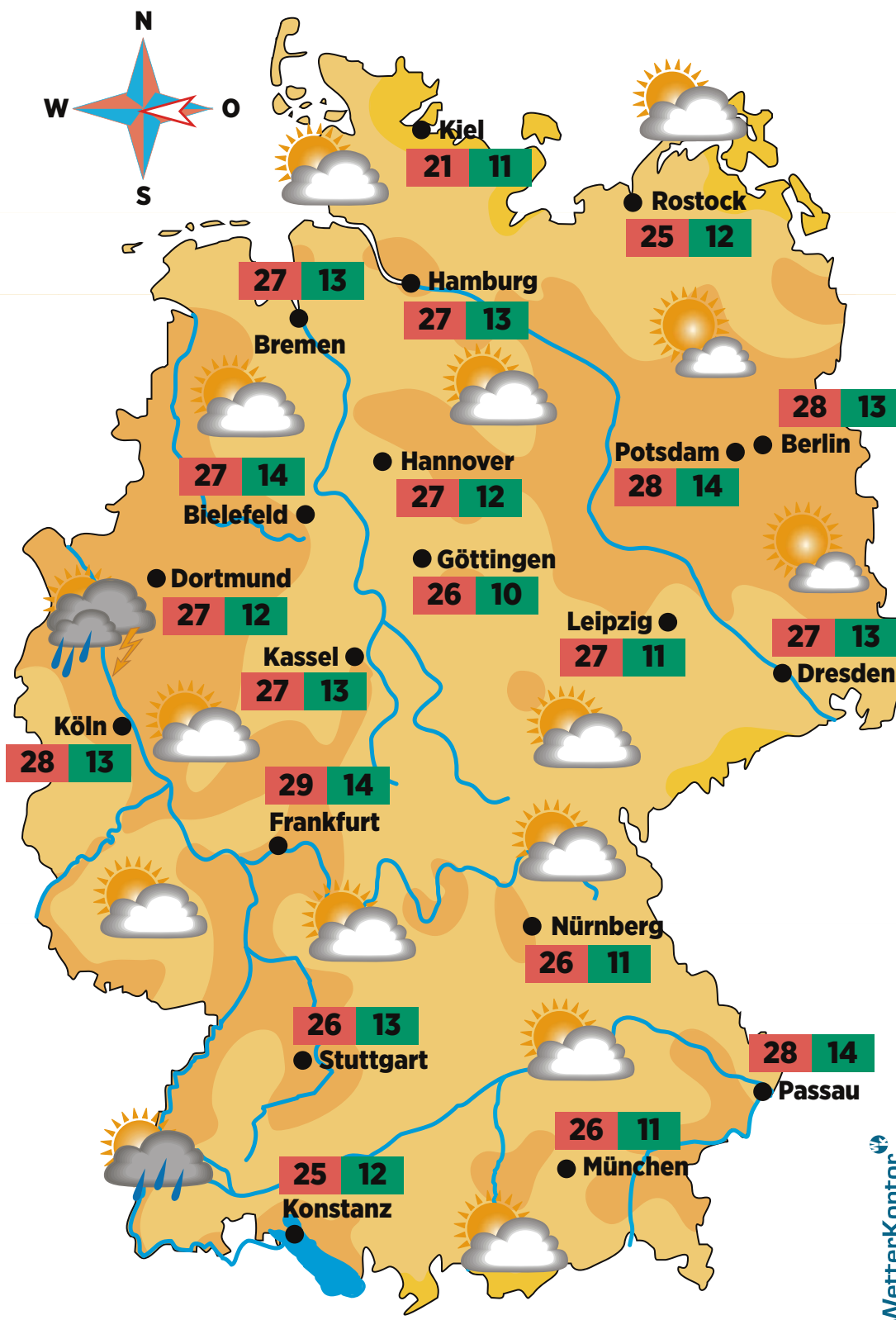
WASSERTEMPERATUREN

Nordsee	9-11°
Ostsee	8-10°
Bodensee	11-14°
Gardasee	14-16°
Adria	15-17°
Ägäis	17-18°
Algarve	17-18°
Biskaya	13-14°
Balearen	17-18°
Kanaren	20-21°
Riviera	15-16°
Zypern	20-22°

DÜRREMONITOR

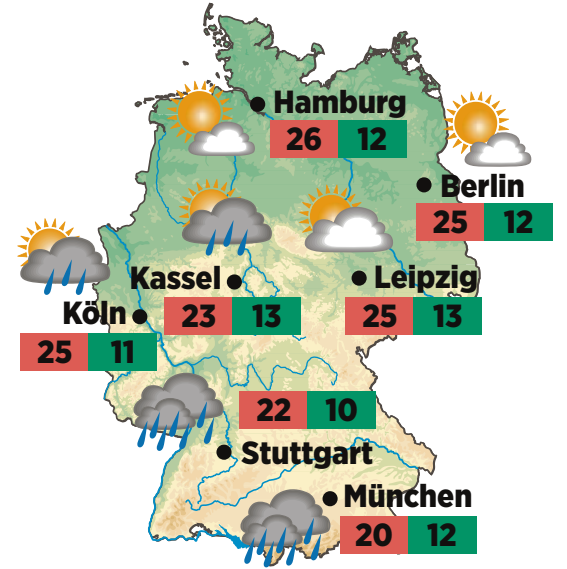


DEUTSCHLANDWETTER AM MITTWOCH

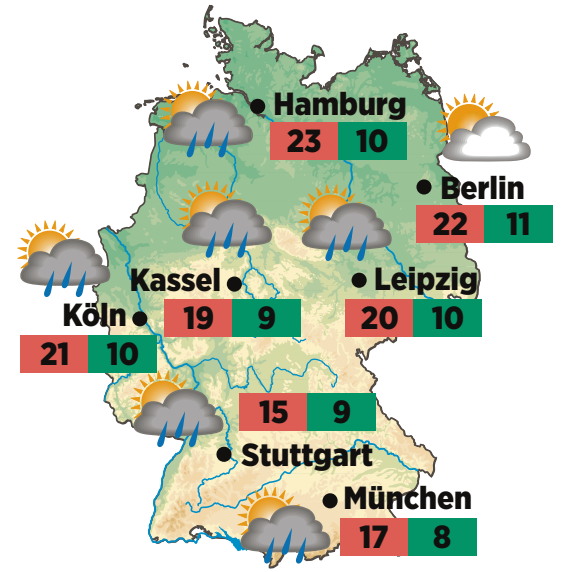


Am 1. Mai zeigt sich neben harmlosen Wolken anfangs häufig die Sonne. Im Westen und im äußersten Südwesten können sich im Tagesverlauf vereinzelt kräftige Schauer oder Gewitter mit Starkregen, Hagel und Sturmböen entwickeln. Mit Höchsttemperaturen zwischen 21 und 29 Grad wird es sommerlich warm. Lediglich an den Küsten von Nord- und Ostsee bleibt es kühler. Es weht ein schwacher bis mäßiger, im Norden und Osten auch frischer, an der See starker Wind aus Ost bis Südost.

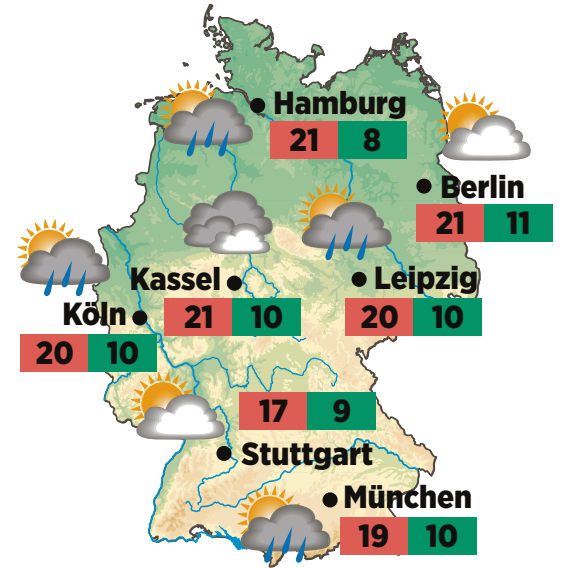
DONNERSTAG



FREITAG



SAMSTAG



EUROPAWETTER AM MITTWOCH

